

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen,

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1 (ohne Bestellgeld),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1.40.

Herausgeber u. verantwortlicher Redakteur: Joh. Stanning, Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg, St. Georg, Brenneckestraße 11, 1. Etage.

Anzeigen
für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 30 A.
Zeilungs-Preisliste Nr. 3124.

Inhalt: Ein Krach. Kohlenlesen. — Maurerbewegung; Streiks, Ausperrungen, Abregelungen. — Versammlungen und sonstige Bewegungen. — Stukkateure. — Krankenkasse. — Vom Bau: Umfälle, Arbeiterbeschwerden. — Internische Kundgebungen. — Aus anderen Verreisen. — Gewerliche Nachschüsse und Arbeiterversicherung. — Postel und Gerichtsverfahren. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Streifenabrechnungen. — Zentralverband der Maurer. — Central-Krankenkasse. — Anzeigen.

Ein Krach.

Das moderne Bauwesen mit seinem stetig wachsenden Kapitalbedürfnis hat die Institutionen der Hypothekenbanken zu einer bedeutenden Entwicklung gebracht. Man kann diese Banken als eine Organisation des Realkredits für die Zwecke der Grundstücks-Verwertung und Ausnutzung bezeichnen. Es giebt ihrer in Deutschland eine ganze Reihe. Der Form nach sind sie Aktiengesellschaften, die Kapital auf Grundstücke ausleihen und dieses Kapital dadurch beschaffen, daß sie Pfandbriefe ausgeben. Den Besitzern dieser Pfandbriefe sollen für ihr eingezahltes Geld die Hypotheken haften, die auf die bestehenden Grundstücke in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise eingetragen werden. Für etwa entstehende Ausfälle, wenn Hypotheken „faul werden“, ist übrigens auch das Aktienkapital den Pfandbriefbesitzern haftbar. Die Hypothekenbanken betreiben also gewissermaßen die Vermittlung zwischen einem großen Kreise derjenigen, die geneigt sind, Kapital auf Grundstücke auszuliehen, und denen, die geneigt sind oder es für vorteilhaft erachten, ihr Grundstück hypothekarisch zu belasten.

Es ist nicht zu verkennen, daß diese Kredit-Organisation einem, dem Wesen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung entsprechenden Bedürfnis genügt und von großem wirtschaftlichen Nutzen ist, so lange sie, von reellen geschäftlichen Grundrissen geleitet ist und sich innerhalb gewisser fester Grenzen der Praxis hält. Die Solidität der Hypothekenbanken soll sich darin äußern, daß sie sich nicht an Grundstücks-wucher und an bedenklichen Spekulationsbauten beteiligen, vielmehr nur fertige Häuser beleihen, deren Ertrag feststeht oder mit Sicherheit abzuschätzen ist.

Nicht alle Hypothekenbanken halten diese Grenze inne. Einige beteiligen sich in bedeutendem Maße oder sogar vorwiegend an Grundstücks-wucher und der Spekulation; sie geben sich dem Geschäft der künstlichen Preissteigerung der Grundstücke hin, wesshalb das Geschäft des Häuser- und Mieths-wuchers auf dem Fuße folgt.

Längst war es kein Geheimnis, daß zu den Gesellschaften dieser gemeingefährlichen Art auch die Preussische Hypotheken-Aktienbank und die als ihr englisches verbundene Deutsche Grundschuldbank in Berlin gehörten. Nichtsdestoweniger standen diese Banken in sehr hohem Ansehen; sie galten als „durchaus sicher fundirt“ und „mußergültig geleitet“: ihre geschäftlichen Beziehungen zu hohen und allerhöchsten Kreisen sicherten ihnen weitgehendes Vertrauen. Und ihre Direktoren, vor Allem Kommerzienrat Sanden — ein Mensch, der sich von einfachen armen Schreiber zum achtzigjährigen Millionär „hinaufgearbeitet“ — galten als „äußerst fromme Christen“ und gute „Stützen der Ordnung“.

Aber das Vertrauen erfuhr bereits vor einem halben Jahr eine Erschütterung, als ein entlassener Angestellter der Preussischen Hypotheken-Aktienbank sich durch Enthüllungen in der „Frankfurter Zeitung“ rächte. Diese Enthüllungen gingen dahin, daß die Bank eine heillosen Schwindelwirtschaft betriebe, die darauf berechnet war, die Direktoren und ihre Helfershelfer zu bereichern. Vergebens bemühten sich die Herren, durch

beschwichtigende Erklärungen in der Presse die Folgen dieser Enthüllungen abzuwenden. Die Besitzer der Pfandbriefe waren bemüht, ihre so gründlich diskreditirten Papiere schnellstens zu verkaufen. Das Angebot dieser Papiere an der Börse wuchs in besorgniserregender Weise; es war schon Mitte Oktober so hoch gestiegen, daß die Börse den Kurs der Pfandbriefe beider Banken stich. Ende November wurde bekannt, daß für nahezu 357 Millionen Mark an Pfandbriefen der Hypotheken-Aktienbank in Umlauf waren, während das Aktienkapital nur 21 Mill. Mark betrug.

Weitere Enthüllungen folgten; sie brachten eine unerhörte Mißwirtschaft, Betrug, Diebstahl, Fälschung, Schiebung und -Auschwindel der gemeinsten Art an den Tag. Kurz vor Weihnachten erfolgte dann der Krach, und endlich griff auch die Justiz zu; der Direktor Sanden wurde verhaftet.

Man fragt sich, wie die Mißwirtschaft möglich war. Möglich, trotz des im Hypothekenbankgeschäft festgestellten Aufsichtrechts des Staates! Diese gesetzliche Feststellung hat im Publikum die irrige Meinung aufkommen lassen, daß damit Garantien zum Schutze der Pfandbriefgläubiger gegeben seien. Schon bei der Verathung des Hypothekenbankgesetzes im Reichstage ist von sozialdemokratischer Seite darauf hingewiesen worden, daß mit der Feststellung eines Aufsichtrechts des Staates „nichts gebient sei“, daß dem Staate vielmehr die Verpflichtung zur Aufsicht auferlegt werden müsse. Jetzt ist die Nichtigkeit dieser Forderung erwiesen. Der Staat hat kein Aufsichtrecht nicht rechtzeitig geübt; seine Organe griffen erst ein, als der Zusammenbruch der Banken da war. Der durch das Hypothekenbankgesetz vom 1. Januar 1900. angeordnete sogenannte „Treuhand“ hat in diesem Falle nichts genutzt. Er dient nur zur Dekoration, denn seine ganze Aufgabe besteht darin, daß er nur zu kontrollieren hat, ob die Höhe der auszugebenden Pfandbriefe nicht die entragenen Hypotheken übersteigt und ob letztere mindestens soviel Zinsen eintragen, als an die Pfandbriefbesitzer zu zahlen sind. Aber in die Spekulations-Praktiken der Beamten hat der „Treuhand“ nicht hineingureden.

Es konnte nicht ausbleiben, daß die Verluste Katastrophe den gesammten Pfandleihmarkt in Mitleidenschaft zog. Neun norddeutsche Hypothekenbanken vereinigten sich zu einer durch die Presse veröffentlichten Erklärung, daß die Verantwortung des Gesamtmarktes in keiner Weise gerechtfertigt sei; es werde in ihrem Geschäftsbereich nur streng nach den durch das Hypothekenbankgesetz und die Statuten vorgeschriebenen Grundfälle verfahren; insbesondere sei keine der unterzeichneten Banken in irgend einer Verbindung mit Grundverworb, Bau- oder ähnlichen Gesellschaften, noch sonst an spekulativen Unternehmungen beteiligt.

Mag dem sein, wie ihm wolle. Es hat eine erhebliche Krise auf dem Pfandbriefmarkt sich geltend gemacht. Abgesehen von den Verlusten an Kapital, durch welche auch zahlreiche kleinere Leute betroffen wurden, kommt hauptsächlich die schlimme Wirkung auf die Lage des Baugewerbes in Betracht. Dieselbe war bekanntlich schon das ganze verfloßene Jahr hindurch eine ungünstige. Nunmehr hat sie eine weitere erhebliche Verschlechterung erfahren. Das Geld für Baugewerke war schon längst sehr knapp und dementsprechend war auch der Zinsfuß in die Höhe gegangen. Jetzt ist diese Kamalität noch erheblich verschlimmert, da bei schwindender Neigung des Publikums, Geld in Pfandbriefen anzulegen, natürlich auch die Ausgabe von Pfandbriefen der Hypothekenbanken erschwert wird. Die Beleihung von Grundstücken und Bauten ist in Berlin bereits erheblich

zurückgegangen. An anderen Orten zeigt sich dieselbe geschäftliche Tendenz. Daß darunter das Baugewerbe schwer leidet, ist klar. Hatte dasselbe bisher schon mit schlechten Konjunkturen, mit einem starken Nachlassen des Baugeschäftes zu rechnen, so ist es nunmehr in eine wirkliche und sehr ernste Krise hineingerathen. Was das für die baugewerbliche Arbeiterschaft bedeutet, brauchen wir wohl nicht des Näheren auszuführen; sie hat mit stark vermindertem Arbeitsgelegenheit sich abzufinden. Und das organisierte Unternehmertum wird diese Situation benützen, die Preise zu krücken, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern und „Abrechnung“ zu halten mit der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter, wodurch natürlich neue schwere Kämpfe zwischen beiden Theilen unvermeidlich werden.

Hierzu kommt der die Allgemeinheit treffende Nachtheil, daß infolge des Stokens der Baunternehmung auch die Wohnungsnoth eine Verschärfung erfährt. Der Bau kleiner Wohnungen wird stark nachlassen, das Mißverhältnis zwischen Wohnungsangebot und Nachfrage wird wachsen und der Miethswucher um so unverschämter sich geltend machen.

Der neueste Krach lehrt wieder einmal die Berechtigung der Forderung, mit dem ganzen privaten Hypothekenbankwesen aufzuräumen und eine entsprechende staatliche Institution an dessen Stelle zu setzen.

Wenn demnächst im Reichstage die seit einiger Zeit fertig gestellte Vorlage gegen den Ausschwindel zur Verathung gelangt, wird es an grundlichster Kritik des Hypothekenbankwesens und Schwindels nicht fehlen.

Im Anschluß hieran ist beachtenswerth, was die „Sächsische Arbeiterzeitung“ über einen infolge der Hypothekenkrise in Dresden ausgebrochenen Baugewerkerstreik berichtet:

Die riesige Zunahme der Bevölkerung hat hier einem Ausschwindel die Wege geböhrt, der in den letzten Monaten Hunderte von Handwerkermeister, so z. B. 170 Tischlermeister zum Konkurs getrieben hat. Eine Wanderung von weniger als einer Stunde zeigt dem Bewohner in unserer Stadt, daß ganze neu erbaute Straßen leer stehen, und auch in älteren Straßen findet man viele Häuser mit leeren Wohnungen. Infolgedessen wird mancher Hausbesitzer zur Substanzation gezwungen, und dabei werden Grundstücke um die Hälfte des Wertes und noch weniger fortgegeben. Kapital zur Beleihung fertiger, noch unermietheter Häuser scheint garnicht mehr vorhanden und verfügbar zu sein. Die am Hypotheken- und Baugeschäft interessirten Firmen sind zum Theil über ihre Leistungsfähigkeit hinaus selbsteingegangen; sie können also keine Substanzaktion zu Gunsten und zur Stützung der noch bestehenden Hausbesitzer in die Wege leiten. Die „Saubere“ wird sich deshalb ohne Gnade und Pämperzigelt vollziehen, und zwar auf Kosten der Baugewerker, kleinen Spekulanten, Besitzer und Kapitalisten, und das um so rascher, weil die Hypothekenbanken beschlossen haben, auf Dresdener Neubauten einzuweisen kein Geld mehr zu geben — eine Maßregel, durch die das Mißtrauen am tiefsten Maße leicht zur Bank ausarten kann.“

Kohlenlesen.

Wer hat nicht schon beobachtet, wie arme Leute, am häufigsten aber Kinder armer Leute, hinter einem Kohlenwagen hergehen und eifrig die herabfallenden Kohlenstücke auflesen? Wer, als Kind armer Leute, hat es nicht einst selbst gelegentlich gethan? So ein Junge freut sich, wenn er der Mutter ein Stück voll Kohlen mit nach Hause bringen kann, die nicht kosten; er glaubt ein gutes Werk zu thun. Und die Mutter? Nun, die Kohlen sind theuer, das Wirtschaftsgeld langt nicht zum Abzählen; jeden Pfennig muß sie zehnmal umdrehen, ehe sie ihn ausgiebt. Sie läßt es sich gefallen, daß der Junge einige Stücken Kohle in der Kasse wirft.

Diebstahl und Heberei? Gefährlich, auch Haus unter Umständen? Sie denkt in ihrer Noth um den Pfennig nicht daran. Sind es doch nur „Refekohlen“. Könnte sie immer in den vollen Beutel greifen und den Keller mit Kohlen füllen, sie würde es gewiß nicht duben, daß ihr Kind Kohlenlesen geht.

Besonders häufig kann man es beobachten, wie an Kohlen- und Plätzen die Kinder der Armen...

Man lese man aber nachschreiben: Vor der Strafkammer des Landgerichts Greiz...

Unser Greizer Parteiblatt, dem wir diese Thatsache entnehmen, bemerkt dazu: „Das wird die Frau niemals gedacht haben, daß sie durch ihre Unbildung sich eines Verbrechens schuldig macht, das mit Justizhaus bestraft wird.“

Wenn auch die ganze Familie frei auskäme, wenn Vater, Mutter und Kind in diesem Falle Dank der Gnade auch nicht für eine Gesellschaftsordnung...

Auf eine andere Seite der Frage weist aber noch unser Frankfurter Parteiorgan, die „Volkstimme“, hin, die sagt: „Wenn es richtig ist, daß auf die Handlungsweise der Mutter...“

Mauererbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen.

Ueber einen Mauererstreik in Burg 6. Magdeburg wußte die „Baugewerks-Ztg.“ folgende „interessante“ Mitteilung zu machen: „Eine Arbeitsüberlegung von 75 Mauerern und Arbeitern drei Tage vor Weihnachten ist wohl noch nicht dagewesen, aber jetzt hier nun faktisch vorgekommen und beweis, daß die sogenannten Kapitulanten seitens der Arbeitnehmer auch im Winter gelöst werden müssen, wenn es so bestellt wird.“

Es wird dann weiter berichtet, daß beim Mauermeister Steinendorf am Bau des Provinzialamtes 30 Mauerer und Arbeiter beschäftigt waren und daß die Mauerer zum ersten Mal fremde Leute aus Magdeburg, Genthin und anderen umliegenden Städten gewesen seien. Am 20. Dezember sollten drei Mauerer aus dem Unternehmer als gewählte Sprecher vorgelassen und die sofortige Entlassung derjenigen Mauerer und Arbeiter verlangt haben, die dem Verband nicht angehörten.

Am Schluß heißt es in dem Bericht der „Baugewerks-Ztg.“: „Ein nettes Zeichen unserer Zeit, und im tiefe Zeit! Die Garnison-Waiverwaltung ist nun vor der Hand zurück, daß der Bau unter diesen Umständen vorläufig liegen bleibt und hoffen wir, daß die Sache im Sande verläuft.“

Wir haben über den Sachverhalt Erkundigungen eingelegt, und antwortet unser Gewährsmann wie folgt: „Auf dem Steinendorfschen Bau haben schon seit längerer Zeit Differenzen vorgelegen, weil Baubüro und Arbeit in recht schlechten Zuständen waren, die Bude wurde auch nicht geheizt; ferner war das Baumaterial äußerst mangelhaft. Hinzu kam, daß die Genthiner Mauerer nur eine halbe Stunde Mittag machen, womit die Kollegen aus Burg und Magdeburg keineswegs zufrieden waren. Aus allen diesen Gründen hat eine größere Anzahl Mauerer am Bau des Provinzialamtes schon seit längerer Zeit geplant, die Arbeit zu verlassen. Schon der letzte Anstoß zur Arbeitsüberlegung ist nicht ganz so „interessant“, als er in der „Baugewerks-Ztg.“ dargestellt wird. Es wurde nämlich der Vorschlag gemacht, die Mitgliedsbücher zu revidieren, ein ganz gewöhnlicher Vorgang, wie er seit Jahren an den Bauten recht und üblich ist. Als es aber so weit war, stellte es sich heraus, daß gerade diejenigen Mauerer, die die Revision in Antragung gebracht hatten, ihre Bücher nicht in Ordnung hatten. Einer, Namens Carl Winter aus Pommeren, der vorher den Baum genalzig doll nahm und verschiedenen Reuten vom Bau Schläge angeboten hatte, hatte zwar auch ein Buch, aber die Beiträge waren für dies Jahr noch nicht in dem Maße quittiert und außerdem war das erste Blatt, worauf der Name des Mitgliedes bezeichnet ist, herausgerissen. Mit diesem Menschen wollten die übrigen Kollegen nun nicht mehr zusammen arbeiten, und das kann man ihnen wahrhaftig nicht verdenken. Keutgens hat

später der Unternehmer verprochen, die bezeichneten Unbestände zu beseitigen.

Der Streik in Halle a. S. dauert ununterbrochen fort, wenn auch der Frost die Entscheidung zunächst verzögert. Zugang ist auch weiterhin fern zu halten.

In Nürnberg wurde über die Bauten des Unternehmers Hase die Sperre verhängt. Es wird geteilt, den Zugang fern zu halten.

Versammlungen und sonstige Bewegung.

Bestellungen auf die Nr. 2 des „L'Operaio Italiano“ müssen bei unserer Expedition bis Montag, den 14. Jan., eingegangen sein. Später eintreffende Bestellungen können nicht berücksichtigt werden, da das Blatt schon Dienstag früh gedruckt wird.

Alle Zuschriften, die schneller Erledigung bedürfen, richten man direkt an S. Redaktion des „L'Operaio“: C. Legati, Hamburg-Str. Pauli, Marienstr. 15, 2. Et.

Als Kandidaten zum Verbandstag sind vorgeschlagen: Für die 2. Wahlabteilung von Suhlum der Kollege Johannes Hoffmann in Suhlum und von Mendelsburg F. Dürsch in Mendelsburg.

Für die 4. Wahlabteilung von Elmshorn der Kollege Ernst Müller in Elmshorn.

Für die 5. Wahlabteilung von Preß der Kollege C. Andrews in Preß.

Für die 12. Wahlabteilung von Reinsel der Kollege Ferdinand Antzige in Reinsel und von Vergeborf der Kollege Krüger in Vergeborf.

Für die 20. Wahlabteilung von Pasewalk der Kollege Hermann Krämer in Pasewalk.

Für die 23. Wahlabteilung von Stargard (Pommern) der Kollege Carl Müller in Stargard.

Für die 64. Wahlabteilung von Alt-Glienitz der Kollege Dürre in Alt-Glienitz.

Für die 77. Wahlabteilung von Wittenberge der Kollege Karl Schmidt in Wittenberge.

Für die 105. Wahlabteilung von Greiz der Kollege Piehler in Greiz.

Für die 141. Wahlabteilung von Pforzheim der Kollege Hugo Frey in Pforzheim.

Für die 142. Wahlabteilung von Stuttgart der Kollege Heinrich Stolle in Stuttgart.

Konferenz in Bremen.

Im Auftrage der letzten Konferenz berufen wir auf Sonntag, den 20. Januar 1901, eine Konferenz der Zehnstellen des Agitationsbezirks Bremen ein. Die Konferenz wird Morgens 10 Uhr im Vereinshaufe, Gantenstr. 21/22, in Bremen beginnen.

Die Tagesordnung haben wir wie folgt festgesetzt: 1. Bericht der Agitationskommission. 2. Bericht der Delegierten. 3. Welche Maßregeln haben wir zur Stärkung unserer Organisationskraft zu ergreifen? 4. Neuwahl der Agitationskommission. 5. Erledigung von Fragen und Anträgen.

Alle Beschlüsse der letzten Konferenz haben die Delegierten sich durch Mitgliedsbuch und Mandat zu legitimieren.

Werthe Kollegen! Im Interesse unserer Organisation ist es unbedingt notwendig, daß jede Zehnstelle durch einen Delegierten vertreten ist.

Also auf zur Arbeit für den Verband! Mit freundslichem Gruß

Die Agitationskommission für den Bezirk Bremen. J. A. G. Wegener, Weinstr. 12.

NB. Am 19. Januar, Abends 7 Uhr, findet auf Wunsch des Kollegen Wömelberg eine Sitzung der Verwaltungsbeamten der am Bremen liegenden Zehnstellen statt. Es ist notwendig, daß die Kollegen vollständig erscheinen.

Eine Konferenz des Agitationsbezirks Kassel fand am 16. Dezember in Eggershausen statt. Kollege Thöne eröffnete die Sitzung und gab folgende Tagesordnung bekannt: 1. Bericht der Agitationskommission 2. Lohnbewegung für das nächste Jahr. 3. Neuwahl der Streikfondsbeiträge. 4. Anträge der Zehnstellen. Berichtet waren 10 Zehnstellen durch 16 Delegierte und zwar: Eggershausen 2, Kassel 4, Nordhausen 2, Göttingen 1, Dornhausen 2, Grumbach 1, Münden 1, Zimmernhausen 1 und Neichenhagen 2. Nicht vertreten waren Frieda (der Delegierte hatte den Zug verpaßt), Altenburg und Besse. Außer den Delegierten waren der Vorsitzende und Kassierer der Agitationskommission, sowie mehrere Eggershäuser Kollegen als Gäste anwesend.

Den Bericht der Agitationskommission gab Kollege Thöne: Es haben 25 Versammlungen stattgefunden, in denen kommissionenmitglieder tätig waren, und zwar in Eggershausen 4 mal, Schwäge 3 mal, die Schwäger Kollegen hatten eine Lohnforderung gestellt und mußte die Kommission des Deleten eingreifen. Ferner haben Versammlungen resp. Sitzungen stattgefunden in Zimmernhausen 2, Altenburgs 2 (diese Zehnstellen können wir als eingegangen betrachten); die paar jetzt Kollegen die da waren, sind verzogen; von den übrigen sind die meisten Streikbrecher geworden, dann war die Kommission tätig in Besse 2 mal, Nordhausen 1 mal, Zimmernhausen 1 mal, Grumbach 3 mal und in Münden 2 mal. Münden gehörte früher zum Bezirk Hannover. Der Hauptvorstand hatte die hiesige Kommission aufgegeben, Münden und Göttingen mit zu bearbeiten, weil von hier aus leichter hinzukommen ist. Die Zehnstellen sind hier von benachteiligt. Göttingen hat bis jetzt nicht gemeldet, Münden dagegen hat sich dem hiesigen Bezirk angeschlossen. Vor dem Streik haben die Kollegen Wömelburg und Eßtinge und nach dem Streik nochmals der Kollege Wömelburg in Kassel in Versammlungen gesprochen. Ferner meint Thöne, die Zehnstelle Besse stelle sich auf den Standpunkt, die Agitationskommission nicht mehr nötig zu haben und sich überhaupt nicht mehr an der Bewegung im Bezirk zu beteiligen. Die sind schon so flug, daß sie nicht mehr nötig haben, einen Delegierten zur Konferenz zu entsenden.

um mit beschließen zu helfen, was für die Allgemeinheit geschehen soll und wie wir uns in nächsten Jahre verhalten wollen. Die Agitationskommission wird im nächsten Jahre selbst dort Versammlungen einberufen, um dort andere Zustände zu schaffen. Weiter kam Redner auf unseren Streik zu sprechen. Die Streikbrecher waren keine Italiener; außer den sieben Bayern waren alle aus unserem Vaterlande Hessen. Zu Fuß, welches auch zu unserer Verwirrung gehört, haben sich die Mauerer dem sogenannten „Christlichen Verband“ angeschlossen, weil sie dort niedrigere Beiträge bezahlen. Darnach sind natürlich auch die Leistungen dieser Organisation einzufordern. Ferner bleibt uns noch ein großes Agitationsfeld im Fürstentum Waldeck-Byrnont.

Zum Rassenbericht giebt Kollege Pieger bekannt, daß noch kein abgeschlossener Bericht vorläge, da von Kassel und Zimmernhausen noch nicht ganz abgerechnet ist. Die vorläufige Einnahme beträgt M. 1923.20, der eine Ausgabe von M. 225.98 gegenüber steht; an die Hauptkasse sind M. 1000 gelangt und im Laufe der Woche sollen nochmals M. 500 abgeholt werden. Der Verkauf der Marken in den umliegenden Zehnstellen ging wie folgt vor: Statten: Eggershausen 300, Besse 500, Zimmernhausen 165, Nordhausen 125, Zimmernhausen 100, Göttingen 50, Stück a 20 M. und Neichenhagen 55, Stück a 20 M. Weiter gab Pieger bekannt, daß die „Christlichen“ beständigen, diesen Winter im Gesicht zu agitierten, und sprach hierbei den Wunsch aus, die Agitationskommission möge in Verbindung mit der Handwerkerkommission gleichfalls eine rege Agitation im Gesicht entfalten. Thöne verlangt, daß in den Zehnstellen sich geeignete Kollegen bereit finden lassen zur Mitgliedschaft in der Agitation, mindestens zur Vorbereitung von Mitgliedern.

An der Nachmittagsitzung referierte Thöne über die Lohnbewegung in Schwäge und Münden. Thöne ist der Meinung, daß in Münden so leicht nichts zu machen ist, an der Kaserne werden 42 Stundenlohn bezahlt, alle übrigen bezahlen nur 38 M. Es wird in Münden eine Wasserleitung gebaut und wenn die Kollegen des Abends am Bau freierhand haben, gehen sie an die Wasserleitung und arbeiten dort noch ein paar Stunden. Betreffs des Streikfonds soll keine Minderung eintreten; die Marken werden durch die Agitationskommission bezogen und sind obligatorisch einzuführen. An der Beitragsfrage überhaupt wurde anerkannt, daß dem Zug der Agitation sei, einen Stundenlohn pro Woche abzuführen resp. dem Verbande zu opfern, dann aber den Streikfonds weglassen zu lassen. Gegenüber einigen Anregungen führte Junglaus aus, es wäre nötig, daß die Procente für verkaufte Streikfondsmarken in die Agitationskommission kommen, wenn einmigermaßen Agitation betrieben werden solle. Thöne solle sich nicht in der Generalvollmachtigen um Geld wenden, wenn es nicht nötig ist. Redner kommt weiter auf die letzten Kollegen zu sprechen und gab der Meinung Ausdruck, daß die nicht mehr übrig haben, als die Verhältnisse, könnten deshalb auch nicht mehr bezahlen. Es wird bei Streiks von den letzten Kollegen stets zuerst verlangt, ihr Mitgliedsbuch zu schicken und abzurufen. Die Abstimmung ergab, daß es so bleibt, wie es ist.

Zu „Anträge der Zehnstellen“ sprach Götting-Zimmernhausen den Wunsch aus, die gegenseitige Annäherung mit den Meistern anzubahnen. Im letzten Streik habe der Unternehmer Müller seine Mauerer auf M. 13 Entschädigung pro Mann bestallt und hätten diese auch bezahlt werden müssen. Dieses soll berücksichtigt werden. Antrag Zimmernhausen, daß im „Grundstein“ im „Arbeitsmarkt“ keine Annonce jedes Wochen lang stehe, wie dieses beim Monteur; von Müller in Münden geschieden ist. Jedes Wochen lang können jeden Tag Mauerer nach Münden, die garniert alle Arbeit bekommen konnten. Auf die paar Wenige Annoncenbesitzer muß es überhaupt nicht ankommen; die Mauerer im „Grundstein“ gesucht werden, soll sich der Hauptvorstand erst an Kollegen im Orte oder der nächsten Umgebung wenden, wie es an dem betreffenden Orte aussieht. Thöne versprach, sich hierüber an den Hauptvorstand zu wenden. Ganz so schlimm war es doch nicht, Kollege Frey! Sie hätten die Annonce bei einmal in Nr. 41 des „Grundstein“ gehalten und dann nach Verlauf von fünf Wochen dreimal hintereinander in den Nr. 46, 47 und 48. Aber warum wandten sich die Kollegen in Münden beim nicht sofort nach dem Erscheinen der Annonce an uns? Auf Annoncenbesitzer kommt es wirklich nicht an, denn wir stellen diese Anzeigen in der Regel garniert in Rechnung; bei der Veranschlagung dieser Anzeigen hat uns nicht nur der Gedanke gelehrt, den wandernden Kollegen Arbeit nachzuweisen. Die Redaktion! Der Antrag Kassel, die Agitationskommission in einer Versammlung in Kassel zu wählen, fand Annahme. Mit einem Antrag aus Zimmernhausen, die Vorstandarbeit abzuschaffen, erklärte sich die Konferenz im Prinzip einverstanden, von einem bittenden Verbot nahm nach jedoch aus tatsächlichen Rücksichten Abschied. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die heutige Konferenz des Agitationsbezirks Kassel beschließt mit Rücksicht auf die demoralisierende Wirkung der Vorstandarbeit: Die Zehnstellen haben die Pflicht, dahin zu wirken, daß die Vorstandarbeit so bald wie möglich beseitigt wird. Gleichzeitig beschließt die Konferenz, daß bei dem einzureichenden Lohnzettel die Abschaffung der Vorstandarbeit mitzuführen ist.

Ein Antrag Götting, Tragung der Delegiertenkosten durch die Agitationskommission, wurde zurückgezogen, nachdem Junglaus dagegen gesprochen. Thöne gab noch bekannt, daß in jeder Zehnstelle das Volksblatt für Hessen und Waldeck aufzulegen solle, die Kosten habe jede Zehnstelle selber zu tragen, wie im vorigen Jahr beschlossen wurde. Schädel machte auf den Altienber-Vorstoß aufmerksam und daß die Kollegen, dahin zu wirken, daß kein Arbeiter des Altienber trinkt, bis uns ihre Zahl zur Verfügung steht. Als Redner für den Streikfonds werden genannt: Reichold-Eggershausen, Schneider-Göttingen, Götting, Göttingen und Göttingen-Vorhaben. Dann sprach Rosenberger als Vorsitzender der Unfallversicherungskommission noch über die verschiedenen Wünsche auf den Voran.

Nach einem kräftigen Schlußwort des Kollegen Thöne schloß derselbe die Konferenz mit einem mit Beglückwünschung aufgenommenen Hoch auf den Zentralverband der Mauerer Deutschlands.

Am 20. Dezember 1900 fand in dem Verbandslokal „Altdeutsche Enbe“ in Münden eine Versammlung der Mauerer statt. Dieselbe nahm einen regen Verlauf. Vom Agitationskomitee Köln war Köllig als Schutz erschienen und sprach über die Mischstände in unserer Bewegung. Seine Ausführungen fanden in der Versammlung lebhaften Anklang, was die Beileistungsbegegnungen bewiesen. In der Diskussion führte ein Kollege

an, daß in Sachen ein Bau ausgeführt und von Leuten bezogen worden sei, der garnicht konzeptioniert gewesen sei. Daß da selbstverständlich von einer Kontrolle der Schuldverschreibungen seitens der Behörde nicht die Rede sein könne, braucht man wohl nicht weiter zu erörtern. Daß solche Zustände aber noch vorgekommen, sei nur deshalb möglich, weil die Kollegen außerhalb der Organisation stehen. Eine Aufforderung seitens der Verwaltung sowohl wie des Kollegen Schulte hatte zur Folge, daß sich gleich wieder fünf Kollegen aufnehmen ließen. Nach Vereinerlichung des Kassierers und Beibehaltung seitens der Redaktionen wurde der Kassierer entlassen. Nachdem wurde die interessante Verammlung geschlossen.

Am Sonnabend, den 29. Dezember, fand in **Altenburg** eine Extra-Mitgliederversammlung statt, welche infolge der wichtigen Tagesordnung: „Ausstellung des Lohn- und Arbeitsstatistik für 1901“ sehr gut besucht war. Hauptächlich die Kollegen vom Lande waren sehr zahlreich erschienen. Kollege Ditz leitete die Versammlung ein und erklärte, er habe bis jetzt den Einbruch gemerkt, daß die Kollegen wohl für die Erhöhung des Stundenlohnes, nicht aber für Verkürzung der Arbeitszeit sind. Das läge aber daran, daß man sich darüber nicht einig sei, wie die Arbeitszeit verkürzt werden soll. Die Kollegen aus der Stadt wollen 1 1/2 Stunden Mittagszeit, die vom Lande wollen die Arbeitszeit früh oder Abends kürzen. Zunächst müsse man stellen fragen, ob es überhaupt möglich ist, Forderungen zu stellen. Man dürfe ja nicht vergessen, daß gerade durch Verkürzung der Arbeitszeit die Lage der Arbeiter am ersten gebessert werden könne. Hierauf nahm Kollege Wörner das Wort. Er ist nicht für Verkürzung der Arbeitszeit, wohl aber für Erhöhung des Stundenlohnes. Kollege Ditz erwiderte: Er könne sich eine durchgreifende Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ohne Verkürzung der Arbeitszeit überhaupt nicht denken. Redner machte den Vorschlag, die Arbeitszeit auf 57 Stunden in den Sommerwochen zu kürzen und es der zu wählenden Lohnkommission zu überlassen, in welcher Weise die Arbeitszeit gekürzt werden solle. Es sprach noch mehrere Kollegen für und gegen den Antrag und wurde schließlich bei namentlicher Abstimmung die Verkürzung der Arbeitszeit niedergelassen; dagegen soll eine Lohnerhöhung von 40 auf 44 1/2 pro Stunde herbeigeführt werden. Kollege Wörner meinte noch, wenn die Kollegen nicht den Muth hätten, die Arbeitszeit zu verkürzen, dann wäre es wohl besser, überhaupt keine Forderungen zu stellen. Kollege Wörner trat dieser Ansicht in einer Weise entgegen, die man nicht gerade anfänglich nennen kann. Der Vorsitzende, Kollege Ditz, erwiderte dies auch zum Schluß und führte an, es sei sehr leicht, in der Verammlung den Diktator zu spielen und gegen Alles, was einem nicht in den Kram paßt, Sturm zu laufen. Sehr einfach ist auch die Taktik der betreffenden Kollegen; denn sie wählen immer jede Verantwortung von sich, indem sie jedwede Wahl ablehnen. Zum Schluß bemerkte Kollege Ditz noch, es sei bedauerlich, daß ein Beschluß gefaßt worden sei, den man von einer selbstwählenden Arbeiterschaft nicht erwarten sollte.

Die **Zahlfelle Berlin III** (Mabispurger) hielt am 19. Dezember in den „Vernünftigen“ eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Kollege Mele berichtete über den Konflikt mit der Firma Günther & Solowid. Diese Firma hat den Vertrag zu durchbrechen versucht, indem sie den bei ihr beschäftigten Putzern erklärte, sie könnten weiterarbeiten, wenn sie sich 6 1/2 pro Stunde abgeben ließen. Erfreulicher Weise ließen sich die Kollegen auf diesen Handel nicht ein. Seitens der Zahlfellenverwaltung ist eine Sitzung der für Lohnfortschritte zuständigen Kommission (Arbeiter und Unternehmer) beauftragt worden, zu der auch ein Vertreter der Firma erschienen war. Dieser schritt ein getreuer Schüler der „Baugewerks-Ztg.“ zu sein, denn er meinte, die Unternehmer müßten bereden, bei schlechter Konjunktur die Löhne zu erniedrigen, weil auch die Arbeiter die bessere Konjunktur ausnutzen würden. Diese Ansichten fanden in der Kommission jedoch keinen Anklang; auf das Kontraktwidrige seines Vorgehens aufmerksam gemacht, versprach denn auch der Vertreter der Firma Günther & Solowid, die Vertragsbestimmungen inne zu halten und den vorgeschriebenen Lohn zu zahlen. Kollege Mele wies in seiner Berichterstattung darauf hin, daß die Kollegen selber mit Schuld daran seien, daß solche Vorwände passiren könnten, weil sie den Arbeitsnachweis der Organisation umgehen. Wenn eine nicht erhebliche Anzahl Kollegen im Arbeitsnachweis vorgemerkt sei, dann überlaßen die Nachkommen gleich die Geschäfte und legen, auf den Arbeitsnachweis können wir nicht warten, da sind schon 80 Mann eingeschrieben. Wenn die Kollegen so vorgehen, finden Unternehmer, die es mit der Vertragstreue nicht genau nehmen, leicht den Muth, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Im Blickfeld sei es mit der Arbeitslosigkeit der Mabispurger nicht so schlimm bestellt, wie in Kollegenkreisen angenommen werde. Im ganzen Monat Dezember waren im Arbeitsnachweis 57 Mann eingeschrieben, von denen 30 in kurzer Zeit in Arbeit gebracht wurden, 5 nahmen andere Arbeit an und 5 reisten ab. Im Punkt „Verschiedenes“ wurden die Kollegen ermahnt, Gehäufigkeiten und schlechte Nachrichten gegen die Mitglieder der örtlichen Verwaltung zu unterlassen. Die Verwaltung lasse sich keine Verhöre zu Schulden kommen, die in letzter Zeit erhobenen Vorwürfe rechtfertigen könnten. Davon hätten sich auch die Kollegen Kassele und Klem überzeugen müssen, sie haben sich überzeugt, daß ihre Angaben unwahr seien. Man dürfe die Arbeiter der Verwaltungsbüro nicht erschweren. Auch die Kassierer hätten Beschwerden vorzubringen. Kollege Müller erklärte, daß etwa 60 Mitglieder mit ihren Beiträgen im Mindesten seien und Kollege Ganschow mußte eine ähnliche Erklärung abgeben. Die Anwesenden wurden aufgefordert, die säumigen Zahler aufzutreiben zu lassen. Ein Antrag Klem auf Verringerung des Arbeitsnachweises und Einführung von Arbeitslosenunterstützung wurde diskutiert und soll in der nächsten Versammlung weiter behandelt werden. Kollege Koratich brachte noch zur Sprache, daß 4 Zementarbeiter, die der Zahlfelle IV angehören, beim Mabispurger um 20 1/2 pro Stunde billiger gearbeitet hätten. Auf Vernehmung der übrigen am Bau beschäftigten Mabispurger hatten sie die Arbeit aufgegeben.

Die **Zahlfelle Elmshorn** beschloß in ihrer Verammlung am 31. Dezember, den Antrag zu stellen, daß der Streikfondsbeitrag mit dem Wochenbeitrag verbunden und in Höhe von einem Stundenlohn pro Woche erhoben werde. Der Beitrag soll jedoch nicht für 40 Wochen, sondern nur 35 Wochen lang im Jahre erhoben werden, weil im Monat November die Maurer schon viel mit Arbeitslosigkeit geplagt sind. Weiter wird beantragt, daß jeder Kollege, der eine Woche und darüber arbeitslos oder krank ist, von dem Beitrag befreit wird. Im

Punkt „Verschiedenes“ wurden D. Mathias und B. Müller ausgeschrieben, und schließlich wurde bekannt gegeben, daß in der nächsten Verammlung die Verwaltung gewählt werde.

Die **Zahlfelle Freimonde a. d. S.** hielt am 15. Dezember eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab, wozu auch der Kreisvertrauensmann Louis Borch geladen war. Bezüglich der Lohnerhöhung von 37 auf 40 1/2 zu fordern. In „Gewerkschaftliches“ beschloß die Verammlung, jeden freundschaftlichen Verkehr mit den vier Ausgeschlossenen bis auf Weiteres zu meiden. Kollege Borch ermahnte die Kollegen, doch mehr Interesse an den Verammlungen zu zeigen, man dürfe nicht gut beschauten Verammlungen durch große Erregung ein frühes Ende bereiten. Im Punkt „Verschiedenes“ beschloß die Verammlung, die säumigen Verammlungsbesucher durch Aushängen einer Liste im Vereinslokal zu kennzeichnen. Schluß der Verammlung 11 Uhr.

Die **Zahlfelle Fürstentum** hielt am 16. Dezember eine Verammlung ab, die einem sehr guten Verlauf nahm. Da die meisten Kollegen schon arbeitslos waren, ist die Streikfondsverammlung am 1. Dezember eingestiftet worden. Bezüglich der zugereisten Kollegen wurde beschloßen, denselben an den beiden Weihnachtsfesten pro Tag und Mann M. 1 aus der Lokalfasse zu spenden. Dem Kollegen-Huth wurde Mahregelungs-Unterstützung für drei Wochen zugewilligt; er ist vom Baugewerksmeister Mees gemahnet worden. Beschloßen wurde, alsbald einen Lokotari auszuwerben und dem Vorstand zur Prüfung einzuliefern. Sodann wurde die Verammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Am 16. Dezember fand eine Mitgliederversammlung der **Zahlfelle Götting** in „Stadt Hamburg“ statt. Im ersten Punkt wurden die Neuwahlen der Lokalverwaltung vorgenommen. Es wurden gewählt: Kollege Wih. Söer als erster Bevollmächtigter und Kollege Pufschke als Kassierer. Im zweiten Punkt der Tagesordnung beschloß sich Kollege Max Höer, daß ich keine Streikfondslisten mehr ausgegeben werden. Ihm wird erwidert, daß die örtliche Verwaltung sich aus zwingenden Gründen im Interesse des Verbandes zu dieser Maßnahme entschließen habe. Kollege Kufke legt in verständlichen Worten der Verammlung die Nothwendigkeit dieses Vorschlages dar. Die Kollegen haben sich im Laufe des Sommers garnicht so eifrig für den Streikfonds bemüht, als gerade in den letzten Wochen, wo der Verdienst so wie so ein farglicher ist und die Arbeitslosigkeit so unheimlich. Es treten eben manchmal Verhältnisse ein, die nicht vorhergesehen werden können, und Erfahrungen lehren, daß manchmal eine andere Taktik eingeschlagen werden muß, als vorher angenommen wurde. Im nächsten Jahre soll in dieser Beziehung Aenderung geschaffen werden. Kollege Schneider bemängelt, daß der Unfall beim Bau der Ruhmeshalle nicht im „Grundstein“ veröffentlicht worden ist. Ihm wird erwidert, daß dies noch nachgeholt werden soll, da seitens der Ortskrankenkasse sämtliche Unfälle im vergangenen Jahre zusammengestellt werden. Es kann bei Veröffentlichung von Unfällen nicht so blindlings versehen werden; es müssen da immer Leute vorhanden sein, die ihre Aussagen bekräftigen können, denn die sich dabei notwendig machende Kritik der Urkunden habe bei uns, wie bekannt, manchmal böse Folgen.

In **Gotha** fand am 19. Dezember eine öffentliche Bauarbeiterversammlung statt, die sich mit den Mißständen im Baugewerbe beschäftigte. Vertreten waren Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Steinlegere und Bauarbeiter. Das Alerat hatte Kollege Leube übernommen. Nachdem Redner einen Lieberblick über die Entwicklung der Agitation für ausreichenden Bauarbeiterchutz im Stand desselben gegeben, zeigte er an der Hand des in Gotha gewonnenen Materials, wie notwendig es sei, hier ganz energisch auf Abhilfe zu dringen. Die Stadt Gotha habe zwar eine Verordnung erlassen, die aber, wie die Kontrolle der Kommission ergeben habe, nicht innegehalten worden sei. So sei nirgends von Setzung die Rede; auch die Aborte seien noch sehr mangelhaft. Ein Hauptmißstand sei es, daß die Gerüste nicht von gelerntem Zimmerern aufgestellt würden. Es fehlten die nötigen Schutzvorrichtungen, wie Vorbreiter, Brüstungen etc. Auch seien die Schutzvorrichtungen meist zu schwach, zumweilen verrotzt und angefault, die Baubanden seien nicht als Aufbewahrungsort für alles mögliche Material, während sie doch den Arbeitern zum Schutz während der Pausen dienen sollen. Auch soll es der Wagt sein, wo dem Verunglückten die erste Hilfe gewährt werden könne, deshalb müsse dort Reinlichkeit herrschen und ein Verbandstafel vorhanden sein. Die meisten Baubanden hätten keine Fenster, nicht einmal einen ordentlichen Fußboden, seine Seite seien angebraut, seine Maßvorrichtungen. Auf 214 Bauein im Thüringen waren überhaupt keine Baubanden. Redharter Klage führte Redner über die Aborte: Eine Thürer, keine dicken Dächer, keine Latten zur Abfuhr. Es sei manchmal möglich, langfristige Stiefel anzuziehen, wenn man dort hin wolle. Am Schlußbau waren die Aborte sehr schlecht; so lange Redner dort gearbeitet, seien dieselben nicht einmal gereinigt worden. An den Neubauten fehlen die Fenster, worunter die Innenarbeiter in den Wintermonaten hiel leiden müssen. Auch die offene Koaksfeuerung sollte endlich beseitigt werden, da vielfach Gasbergistungen vorkommen. Zum Schluß hat Redner, die Kommission mehr zu unterstützen. Wollen die Arbeiter diese Mißstände beseitigt haben, dann müssen sie selbst mehr Interesse zeigen. Nur dadurch werden die Behörden aufmerksam gemacht und herant, einzufordern. In der Diskussion wurden noch viele Mißstände angeführt (Richtebau, Gasanfall) und unter allen Umständen geordert, daß seitens der Stadt Bauarbeiter zur Baukontrolle herangezogen würden. Zum Schluß erfolgte die Wahl der Baukontrollekommission.

In **Grenz** fand am 26. Dezember eine ziemlich gut besuchte Maurerverammlung statt. Nach eingehenden Erläuterungen des Vertrauensmannes bezüglich der Delegiertenwahl zum Verbandstag wurde Kollege Richter als Delegierter vorgeschlagen. Sodann erfolgte die Neuwahl der Kommission. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde auf Vorschlag des Vertrauensmannes beschloßen, zu der nächsten Verammlung einen Referenten zu bestellen.

Die **Zahlfelle Hohenmüssen** hielt am 25. Dezember eine Verammlung ab, die ziemlich gut besucht war. Es wurde beschloßen, in der Zeit vom 1. April 1901 bis 1. April 1902 einen Mindeststundenlohn von 38 1/2 zu fordern. Dem Vorstand soll dieser Beschluß zur Begutachtung unterbreitet werden. Der wöchentliche Beitrag wurde für dieses Jahr auf 26 1/2 erhöht, und der Streikfondsbeitrag auf 10 1/2 pro Woche festgesetzt. Die Kolportageerlöse soll in Regal fallen. In die Verwaltung wurden wiedergewählt: Albin Götner als Bevollmächtigter und Otto Kirsten als Kassierer. Alsdann wurde zur

Sprache gebracht, daß einige Kollegen auf der Liebeschen Grube „Winterfeld“ für 28-29 1/2 pro Stunde als Maurer gearbeitet hätten. Den Kollegen wurde aufgetragen, die Arbeit einzustellen, wenn sie wieder für den um 10 1/2 zu niedriger Stundenlohn arbeiten sollen. (Dies ist inzwischen geschehen.) Eine am 5. Januar stattfindende Verammlung wird sich weiter mit der Angelegenheit beschäftigen.

Die **Zahlfelle Hamburg** hielt am 20. Dezember in der „Reisingerhalle“ eine Mitgliederversammlung ab. Die Verammlung ergriff das Andenken der verstorbenen Kollegen Karl Marks, F. Poggenberg, B. Köhler und S. Dremer in der üblichen Weise. Die Abrechnung vom November schloß für die Hauptkasse mit einer Einnahme und Ausgabe von M. 2849,87 ab; für die Lokalfasse betrug die Einnahme M. 978,47 und die Ausgabe M. 844,77, so daß ein Kassensaldo von M. 634,70 vorhanden blieb. Das diesjährige Stiftungsfest schloß bei M. 121,19 Einnahme und M. 148,96 Ausgabe mit einem Defizit von M. 26,77 ab. Der Bevollmächtigte berichtete hierauf eingehend über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Orte und zwar zunächst über einen Fall, wo es mit Hilfe der Zimmerer gelungen war, die Affordarbeit zu beenden. Sodann, daß die gemeinsamen Zimmerer einmüthig und auch die Verbandskollegen die Arbeit einstellen, wäre der Unternehmer gezwungen worden, ein Schriftstück zu unterzeichnen, worin er sich verpflichtete, an dem betreffenden Bau keine Arbeiten mehr in Afford ausführen zu lassen. Außerdem hat der Unternehmer sämtliche an dem Bau beschäftigten Maurer, auch die Affordmurer, durch Unterrichts verpflichten müssen, daß auch sie an dem Bau auf weitere Affordarbeit verzichten. Wer sich weigerte, die Unterrichts zu leisten, mußte entlassen werden. Der Name des Unternehmers dürfte aber nicht bekannt gegeben werden, denn die Verwaltung habe auf Wunsch des Unternehmers das Versprechen gegeben, die Sache so lange distret zu behandeln, wie der Unternehmer sein Versprechen halte. Als Mitglied der Baugewerks-Vereinigung hat der Unternehmer M. 600 Konventionalstrafe zu zahlen, sobald er Arbeiten in Afford ausführen läßt. Außerdem wird bei den Unternehmern Baumgarten (Grindeberg) und Thilke (Marienthalerstraße) noch in Afford gearbeitet. Ueber beide Firmen wird nach kurzer Debatte die Sperre verhängt wegen Nichtanerkennung des in diesem Frühjahr vereinbarten Lokotariats. Schnabel, Distriktsführer im 1. Hamburger Wahlkreis, ist ebenfalls aus der Organisation ausgetreten, um in Afford arbeiten zu können. Zu welchen Zuständen diese Affordjäger treibe, zeigt die Art und Weise, wie bei dem Unternehmer Müller (vormals Fahrenburg und Müller) das beliebte und für den Unternehmer sehr angenehme System der Gratifikation zur Anwendung gelangt ist. Es ist dort für die Maurerarbeit eine „Weihnachtsgratifikation“ ausbezahlt, und für die Hygarbeiter soll zu Oheert eine „Ofergratifikation“ ausbezahlt werden, aber nicht nach geleisteten Stunden, oder Tagelohn, sondern nach dem „Wohlmollen“ des Unternehmers. Wer es dann versteht, die Günst des Unternehmers zu erobern, vielleicht eine schöne Nase oder hübsche Augen hat, wird bevorzugt. Aber wehe Demjenigen, der nicht hübsch artig ist, sich gar ostinät benimmt; der kann sofort entlassen werden, und hat an „hohen Festtagen“ keine Gratifikation zu beanpruchen. Von einigen Rednern wurde Martin als übernehmlicher „Mißliker“ gechildert. — Bei dem Unternehmer Jessen (Wandbeter Chaussee) soll der Partier Eühr die Arbeiten in Afford übernehmen haben, so daß auch die Ausbeutung den höchsten Grad erreicht hat. Das bisherige Mitglied B. Geyer ist bei dem Unternehmer Wähning Arbeitsmüde geworden und infolge davon ausgeschieden.

Die **Zahlfelle Hujum** hielt am 30. Dezember ihre Generalversammlung ab, welche sehr gut besucht war. Zunächst wurden die Bücher der anwesenden Kollegen geprüft und in Ordnung gebracht. Sodann erlauiete der Vorsitzende, Kollege Hoffmann, einen kurzen Bericht vom verfloffenen Jahre. Derselbe hob unter Anderem hervor, daß das Jahr 1900 den Mauern Hujums noch nicht die Zahl als ein Jahr des Kampfes im Gedächtnis bleiben werde. Und wenn auch der circa 80 Wochen dauernde Streik nicht durch ihre Schuld zu ihren Ungunsten beendet habe werden müssen, so könnten sie dennoch mit Stolz darauf zurückblicken, indem während dieser langen Dauer des Kampfes nicht ein Einziger aus ihren Reihen zum Verdräts und Streikbrecher geworden ist. Nicht einen jeden Kollegen sei es, jetzt dafür zu sorgen, daß die Maurer Hujums wie bisher Mann für Mann zur Organisation stehen. Der Vorsitzende machte hierauf noch bekannt, daß die Zahlfelle Hujum in verfloffenen Jahre 68 Verammlungen abhielt und 20 Sitzungen der Verwaltung mit der Streikleitung stattfanden. Sodann wurde die Neuwahl der dritten Verwaltung vorgenommen. Es wurden gewählt als Bevollmächtigter Kollege Joh. Hoffmann, als Kassierer Kollege Werrh. Ström. Der Kollege Gustav Peters wurde beantragt, laut Verammlungsbeschluß vom vorigen Jahre beim Ausbringen des „Grundstein“ zu gleicher Zeit den Beitrag einzulassen und durch Marken zu quittieren, wofür demselben pro Quartal und Mitglied 10 1/2 aus der Lokalfasse überwiesen werden. In dem Punkt der Tagesordnung: „Der nächste Verbandstag in Mainz“, wurde beschloßen, in Hujum einen Kandidaten aufzustellen, und wurde der legitime Verbandsstagsdelegierte von hier, Kollege Johannes Hoffmann, einstimmig aufgestellt. Ferner wurde beschloßen, zwei von den Kollegen eingetragene Anträge an den Verbandstag zwecks einer genaueren Prüfung einer Kommission zu überweisen und dieselben dann der nächsten Verammlung vorzulegen und an den Vorstand einzuliefern. Genannte Kommission wurde zu gleicher Zeit beauftragt, zwecks Wahl des Delegierten sich mit den zu unserer Wahlabteilung gehörigen Zahlfellen in schriftliche Verbindung zu setzen. Nachdem noch unter „Verschiedenes“ einige örtliche Angelegenheiten geregelt, wurde die Verammlung geschlossen.

In **Itzehoe** fand am 18. Dezember die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Der Korrespondenzbelegte teilte mit, daß beschloßen sei, eine Arbeitslosenstatistik aufzunehmen. Ferner sei in Sachen des Gewerbegerichts beschloßen, das Material vom Magistrat und sämtlichen Stadverordneten zu sammeln. Hierauf wurde in Punkt „Verschiedenes“ bekannt gemacht, daß bei den Maurermeistern Benede und Lou fortwährend Überstunden gemacht werden, und zwar werde des Abends bei 21 1/2 gearbeitet, welches nach Ansicht der Verammlung einen „Kriegsstand“ ist. Ferner soll bei dem Meister Carlsen am Sonntag in dem neuen St. Jürgenstift gearbeitet worden sein. Da die Namen der Stellen bei Benede bekannt gegeben werden, so wird der Bevollmächtigte beauftragt, sich mit denselben zwecks Regelung dieser Angelegenheit in Verbindung zu setzen. Es sind dies die Kollegen Wendemuth, Ström und Hauschild. Nach Erledigung einiger kleinerer Angelegenheiten, erfolgte Schluß der wägig besuchten Verammlung um 6 Uhr.

Die Bahnhofs-Zweige hielt am 28. Dezember eine Extra-Mitgliederversammlung ab. Es waren hierzu eingeladen und erschienen die bei dem Unternehmer Lou arbeitenden Mitglieder...

Aus Koblenz schreibt man uns: Nach vielen Vermittlungen einzelner Kollegen war es möglich, hier am Orte wieder eine Zählstelle des Maurerverbands in's Leben zu rufen. Die Kollegen von Koblenz und Umgebung haben aber auch alle Kräfte...

Am 28. Dezember hielt die Zählstelle Landröden eine Mitgliederversammlung ab, welche sehr gut besucht war. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache, worin er seine Freude darüber ausdrückte, daß die Kollegen heute wieder mit der Zeit bewiesen, daß ein guter Geist in der Zählstelle vorhanden ist...

In Wültheim (Naher) fand am 18. Dezember im Wollischen Lokale die regelmäßige Mitgliederversammlung statt, die hauptsächlich über das unvollständige Betragen einiger Mitglieder auf unserem Winterbergnigen verhandelt. Nachdem sich die Sache in zwei Vorstandssitzungen soweit aufgearbeitet hatte, erstattete Kollege Laib in der Mitgliederversammlung Bericht und wies nach, daß der Kollege Freiberger der hauptsächlichste Urheber der an dem betreffenden Abend vorgenommenen unbesonnenen Ausritte gewesen ist...

Die Zählstelle Breeth hielt am 30. Dezember ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Bezüglich der Wahl eines Delegierten zum Verbandstage wurde beschlossen, den Kollegen Andrews als Delegierten in Vorschlag zu bringen. Bei der Neuwahl der örtlichen Verwaltung wurden die bisherigen Mitglieder derselben wieder gewählt. Sodann wurde beschlossen,

den vor zwei Jahren ausgesprochenen Kollegen S. Lohmann das Zeugnis auszustellen, daß er während dieser Zeit Solidarität geübt habe, damit er sich in Kiel, wo er gegenwärtig arbeitet, wieder in den Verband aufnehmen lassen kann. Eine lebhafte Debatte entspann sich über die im Oktober ausgesprochenen Kollegen F. Fürtz und C. Steen. Diese Kollegen, welche schon seit längerer Zeit an den gespenstlichen Krämpfen in Gaanden arbeiten, stellten den Antrag auf Wiederannahme in den Verband. Erwähnen wir nur der Kollege Fürtz. Da dieser sich noch im jugendlichen Alter befindet, und sich auch sonst gut gegenüber seinen Kameraden betragen hat, beschließt die Versammlung, dem Wiederannahmegeheimlichheit zu erteilen. Fürtz verpflichtete sich der Versammlung gegenüber, von jetzt ab seinen Verpflichtungen in jeder Weise nachzukommen. Das Amtmännchen des Steen wurde abgelehnt. Gäbe er an den Grundfragen der Organisation festgehalten, dann würde er auch heute noch als Kollege betrachtet werden.

Eine öffentliche Banarbeiterversammlung tagte in Regensburg am 17. Dezember im Lokale „Zur blauen Hand“. Kollege Ritz-Walden sprach über Banarbeiterschaft. Nach der jüngst erschienenen Unfallstatistik der bayerischen Banarbeiterschaft für 1898, waren in diesem Jahre auf 106 539 in Banarbeit beschäftigte Personen 5955 Unfälle, darunter 101 mit tödlicher Folge. Von diesen Unfällen entfielen auf Oberbauern allein 2016, von denen 25 tödlich verliefen. Die meisten Unfälle (618) brachten der Monat Juli, das geringste (1897) haben sich die Baunfälle im Bayern im Jahre 1898 im Ganzen 67 Personen, mehr als 18 Wochen waren 1899 und weniger als 13 Wochen 4195 Personen erwerbsunfähig. Erstmalige Verletzte wurden 1898 für 1848 Verunglückte festgestellt, darunter 55 Arbeiterinnen und 21 jugendliche Arbeiter. Die 1899 männlichen Rentennempfänger vertheilt sich auf die einzelnen Gewerke wie folgt: 665 Maurer, 196 Zimmerer, 3 Glaser, 42 Stenografen, 10 Schlichter, 89 Dachbeder, 6 Asphaltheiler, 7 Blumenmacher, 19 bei Gas- und Wasser-einrichtungen Beschäftigte, 3 Ofenheizer, 65 Steinmetze, 12 Wapphänger, 1 beim Mühlenbau und 1 beim Schiffbau Beschäftigte, 1 Tapezierer, 71 im Nebenbetrieb als Maschinenführer Beschäftigte, 106 Steinbrucharbeiter und 29 im Fuhrwerksverkehr Beschäftigte. Seit Vertheil der bayerischen Banarbeiterversammlungsstatistik (1. Oktober 1898) kamen im bayerischen Banarbeit 44 867 Unfälle zur Anmeldung, darunter 1194 mit tödlicher Folge. Die übergroße Zahl der Unfälle, so führte Redner sehr zurecht aus, sind auf die ungenügende Baukontrolle zurückzuführen und auf die Brödigkeit der Unternehmer, die ihre Bauten um billiges Geld herstellen wollen und deshalb überall möglichst zu sparen suchen, sowie auf den schädlichen Einfluß des vielfach überhandnehmenden Submissionswesens, das die Unternehmer verleitet, die schmutzige Konkurrenz und Preisdrückerei zu treiben. Um die schädlichen Mißstände zu beseitigen, müssen die Banarbeiter allerorts die Aufstellung von Baukontrollen aus ihren eigenen Reihen verlangen, die auch das richtige Verständnis dafür haben, was zum Schutze der Arbeiter gegen Unfälle unbedingt notwendig ist. Damit diesem Verlangen der Banarbeiter von den Behörden die gebührende Unterstützung geleistet werde, sei es dringend geboten, die gewerkschaftliche Organisation der Banarbeiter so auszubauen, daß es ihr möglich ist, ihre Thätigkeit nach dieser Richtung hin wirksam zu gestalten und den Verlangen der Arbeiter nach Vereinfachung der Mißstände Gehör zu verschaffen. An den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine lebhafte Diskussion, welche zu dem Beschlusse führte, eine im Sinne des Referats gehaltene Petition an die höchsten Kollegien von Regensburg einzubringen.

In Neudorf tagte am 23. Dezember eine öffentliche Maurerverammlung, die sich mit den Arbeitsverhältnissen am Neubau des Andorer Walzwerkes beschäftigte. Vom Vorstand war Kollege Stillinge anwesend, der auch an dem betreffenden Bau mit dem Werkdirektor, sowie den Baumeisterern Rücksprache genommen hatte. Der Sachverhalt ist folgender: Einige nicht in Neudorf wohnende und an den Andorer Bauten beschäftigten Kollegen hatten verlangen lassen, sie sollten gezeugen werden, Lebenslöhne zu arbeiten. Stillinge erklärte, daß nach den Worten des Direktors ein Antrag auf die Maurer zur Ausübung der Lebenslöhne bisher nicht ausgestellt worden sei. Der Direktor habe allerdings den Wunsch geäußert, die Maurer möchten länger, und zwar bei elektrischem Licht, arbeiten, er habe auch durchzuden lassen, daß er später auf Lebenslöhne nicht verzichten werde. Redner ist der Ansicht, daß die Kollegen sehr wohl im Stande seien, die Mißstände zu beseitigen und nicht aus eigener Antriebe gerne einmüthig annehmen. Folgende Resolution wurde durchgetragen: Die heute im Lokale des Herrn Burg tagende öffentliche Versammlung der Maurer Neudorf nimmt Kenntnis von den Verhandlungen, die mit dem handlungsfähigen über die dort arbeitenden Kollegen, unter keinen Umständen über die tarifmäßige Zeit, zur Zeit 7 Stunden, arbeiten zu wollen. Die Versammlung erklärt ferner, mit denjenigen Mitgliedern, die dieser Resolution zuwiderhandeln, nach § 15 des Statuts zu verfahren. Diese Resolution findet auch Anwendung auf die Arbeiter der Herren Zimmermeister Roth und Maurermeister Pöschel, sofern verlangt wird, in nicht dringenden Fällen Lebenslöhne zu machen oder Sonntags zu arbeiten. Die Versammlung macht die Erwartung aus, daß alle Arbeiter bei mißlicher in der Organisation errungenen Vortheile hoch halten und diese nicht mißachtend bei Seite stellen.

Die Zählstelle Nichtenberg-Franzburg hielt am 18. Dezember ihre regelmäßige Mitgliederversammlung in Franzburg ab, welche nur schwach besucht war. Da dies die letzte Versammlung in diesem Jahre war, so sollte auch die Neuwahl der Verwaltung vorgenommen werden, man hielt es aber für richtiger, nur den ersten Bevollmächtigten, Kollegen Bremer-Nichtenberg, neu zu wählen und die übrigen Verwaltungsglieder im Amte zu belassen, um eine geordnete Fortführung der Geschäfte zu sichern. Alsdann regte Kollege Wegner an, ob es nicht möglich sei, den Kollegen in Döbbers aus ihrem unrentablen Ertrag zu helfen. Es wurde beschlossen, sobald wie möglich die nöthige Agitation in Angriff zu nehmen und die Bevollmächtigten der Kollegen, auch ferner der Organisation treu zu bleiben. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Am Sonntag, den 18. Dezember, fand in Starlow im Saale des Herrn Hünge eine Mitgliederversammlung statt. Nachdem Kollege Otto Sauer-Berlin in seinem Vortrag zum ersten Punkt der Tagesordnung darauf hingewiesen hatte, wie in der heutigen Gesellschaftsordnung mit Nothwendigkeit eine Zeit der Ueberproduktion, d. h. eine Zeit, in der mehr Waaren vorhanden als nothwendig sind, um alle Menschen zu erhalten, eintreten muß. Diese Zeit ist für Arbeiter aber gleichbedeutend mit Arbeitslosigkeit und im Weiteren mit Noth und Elend. Mehrere wies weiter auf die Agitation der Unternehmer und der Kapitalisten zur Vertheilung der Lage der Arbeiter hin. Er schloß mit der Mahnung, daß gerade in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges treues Festhalten an der Organisation nöthig sei, um durch dieselbe die einmal ertämpften Rechte zu erhalten. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurden Kollege Titius als Bevollmächtigter und Kollege Schue als Kassierer wiedergewählt. In „Vertheilung“ aufspann sich eine rege Debatte über die Handlungsweise der Kollegen auf dem Bau. Die in Bezug auf die Königs-Winterbauten, Troden bei der Ost- und Westgegend Königs-Winterbauten gehört, hatten die Kollegen das für Starlow Lohn, 16 1/2 billiger, als der Lohn in Winterbauten steht, gearbeitet. Als Kollege Titius, der später hintank, die Kollegen verurtheilte, die Arbeit niederzuliegen, sagten sie nach einem halben Tage wieder zu denselben Bedingungen an zu arbeiten, so daß nun die Kollegen Titius 11 1/2 gebühret waren. Die betreffenden Kollegen heißen: Seile, Warts, Schünze, Moos, Tief, Ohl und Biende. Dieses Verhalten wurde von allen Seiten hart gerügt und vom Referenten betont, daß nur durch Solidarität, fleißigen Veranlassungsbesuch, seien dort Arbeitseingelungen. Derartige aus den Reihen der Arbeiter verschwinden würde; nur dadurch, daß jeder Einzelne zum Besten der Organisation arbeite und dieselbe zu fördern suche, wird es dem Arbeiter möglich sein, seine Lage dauernd zu bessern.

Die am Sonntag, den 27. Dezember, abgehaltene Mitgliederversammlung der Zählstelle Trebitz, ließ einmal wieder erkennen, wie lau verchiedene Kollegen in Vertheil der Veranlassungsbesuche sind. Es wurde beschlossen, das Stimmrecht am 12. Januar bei Herrn Lewin, zum „Wahlgeschloßen“ in Gebrauch abzugeben. Darauf verliest der Bevollmächtigte einen Artikel aus Nr. 43 des „Grundstein“, in welchem die Zählstelle folgende darüber Bescheiderte, daß die Dreizehn Maurer nach Fische kommen und dort anstatt 11 Stunden täglich deren 12 arbeiten, für einen Lohn von 28 1/2 pro Stunde. Es wurde beschlossen, die Verwaltung in Fische zu erteilen, sie möge die betreffenden Kollegen namhaft machen, damit sie zur Verantwortung gezogen werden können. Sodann wurde der folgende Veranlassungsbesuch vom Kollegen Pohl sehr gerügt. Er führte den Kollegen vor Augen, in welcher Weise die Unternehmer durch schamlose Listen, Abgangsschemen und andere Sachen versuchen, Kollegen, die sich an einem Orte an einem Orte festhalten, brotlos zu machen. Die Kollegen hätten also Grund genug, sich nicht zu organisieren. Nachdem sich noch mehrere Kollegen im gleichen Sinne ausgesprochen, ließen sich noch 5 Kollegen in den Verband aufnehmen. Sodann schloß der Bevollmächtigte die Versammlung mit einem Hoch auf das Gelingen der Organisation.

Am 23. Dezember hielt die Zählstelle Welschen ihre Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde, da der Schriftführer, durch Familienverhältnisse abgehalten war, ein provisorischer Schriftführer gewählt werden. Dabei zeigte sich die traurige Thatsache, daß kein Kollege dieses Amt annahm; es lag sich infolgedessen der Bevollmächtigte gezwungen, den Vorsitz an den Stellvertreter abzugeben und den Schriftführersposten zu übernehmen. Als erster Punkt der Tagesordnung stand der Antrag des Kollegen Fr. Sünzger auf Zurücknahme der Ehrenmitgliedschaft zur Verwaltung. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurden die Kollegen ermächtigt, sich beim Mann der politischen Organisation anzuschließen, da wir nur durch Erregung der politischen Macht die Vereinfachung der heutigen Zustände zum Nutzen der Allgemeinheit herbeiführen können. Unter „Vertheilung“ wurde die Kollegen darauf hingewiesen, daß die Abhemmung der Sammelkarten zum Streikfonds im Bureau der Verbandleitung erfolgt.

In Wittenberg fand am 30. Dezember eine leiblich besuchte Mitgliederversammlung der Maurer statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte Kollege Otto das Ableben des Kollegen Sachwitz bekannt. Die Versammlung erheben sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen. Alsdann verlas der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal, dieselbe war von den Mitgliedern für richtig befunden. Hierauf wurde die Wahl der örtlichen Verwaltung vorgenommen. Es wurde gewählt zum ersten Bevollmächtigten Kollege Ermschold und zum Kassierer Kollege Staloch. In „Vertheilung“ wurde lebhaft debattiert über die Verbreitung des „Grundstein“. Kollege Hemig erbot sich, das Amt zu übernehmen und wurde er von der Versammlung beauftragt. Alsdann wurde beschlossen, am 10. Januar eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung abzuhalten, um auch hier den Bauarbeitern zu fördern. Nachdem mehrere Kollegen über die Aufgaben des Gesellschaftsrechtes diskutierten hatten, schloß der Vorsitzende nach zweifelhäufiger Dauer die Versammlung.

Stukkateure.

An die Füllatvorstände des Zentralverbandes der Stukkateure, Gypser und verwandten Berufsgegnen! Die Füllatvorstände werden dringend ersucht, die Fragebogen zur Bearbeitung der Situationsberichte u g e h e n d an den Unterzeichneten einzuschicken; es sind noch eine ganze Zahl Füllaten, die es bisher nicht für nothwendig erachteten, die Berichte einzuliefern. Die Kollegen müssen sich selbst sagen, daß zu spät eingehende Berichte nicht berücksichtigt werden können. In der nächsten Nummer des „Grundstein“ beginnt die Veröffentlichung der Anträge zum Verbandstage. Des Weiteren machen wir nochmals auf die Einfindung der Wahlprotokolle aufmerksamer. Mit kollegialen Gruß

Der Hauptvorstand. J. A. Chr. Döbner.

Leipzig. Die Sperte über die Firma Wöswau & Anauer (Füllale Leipzig) ist aufgehoben.

Berlin. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Stukkateure Berlins vom 3. Januar beschäftigte sich mit der jüngsten Lohnbewegung bei den Firmen Jädel und Häuska.

Hänke hat inzwischen die Forderung, Afford zu arbeiten, zurückgezogen, Afford aber alle Unterhandlung mit der Holzgitarrenfabrik zurückgewiesen. Die Holzgitarrenfabrik ist sich darüber einig, daß mit dieser Auslieferung bei der Firma Häckel seitens der Unternehmer die Verbindlichkeit gemacht werden soll, die Affordarbeit wieder einzuführen. Sie ist darum entschlossen, diesen ersten Versuch auf das Entschiedenste abzuwehren. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit den ausgearbeiteten Kollegen der Firma Häckel einverstanden. Des Weiteren verpflichten sich die Anwesenden, mit aller Energie für die Durchführung der Lohnarbeit einzutreten.“ Laut Versammlungsbeschluss wurden hierauf nachgenannte Kollegen auf zwei Jahre aus dem Verbande ausgeschlossen, weil sie als Streikbrecher gearbeitet haben: Otto Niich (Wachstr. 1088), Wihl. Weimann (668), Alf. Malhas (7665), Paul Gevert (1100), Gust. Waehr (830), Alf. Werner (1103), Wihl. Schuhr (1732), Rich. Wäcker (1059), Cilo Weigt (7894), Josef. Bauer (1058), W. Dachtel (658). Die beiden Verbannten arbeiten bei der Firma Häckel. Am Schluß der Versammlung machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß der Gesamtverein der Stulkaftiere am 19. Januar in Geert's Klubhaus, Kommandantenstraße 72, einen Maekentball abhält.

Vronberg. Eine außerordentliche Generalversammlung beschloß sich am 27. Dezember mit dem Verbandstage und mit für dieses Jahr zu stellenden Lohnforderungen. Der Streikwahl eines Delegierten wurde allgemein die Meinung vertreten, daß die Filiale Vronberg sich am besten eigene für die Aufstellung eines Kandidaten für den Bezirk Ost- und Westpreußen und Polen. Ausgestellt wurde Kollege Oswald Jhne, Brunnenstraße 11. Die Filiale Danzig, Königsberg, Polen und Kattowitz sollen gebeten werden, dieser Kandidatur zuzustimmen. Ferner wurde beschlossen, den Tarif vom 1. April zu kündigen und bis dahin neue Forderungen aufzustellen. — Vom 1. April ab wird Kollege Max Mutowski als Bevollmächtigter fungieren.

Essen a. d. Ruhr. In der am 18. Dezember zahlreich besuchte Mitgliederversammlung fand als besonderer Punkt auf der Tagesordnung: „Fortsetzung der Diskussion von der vorigen Versammlung und Anträge zum Verbandstage.“ Sämtliche Mitglieder erklärten sich unter anderem dafür, daß eine allgemeine Vertragsverhandlung stattfinden müsse. Die Entschlüsse, als die beschrieblichen Verhandlungen, sind gerade diejenigen, welche in ihrer Organisation den niedrigen Beitrag leisten. Ferner wies Kollege Weigel darauf hin, daß die Streiks und Lohnbewegungen der letzten Jahre, besonders in unserem Gewerbe, gezeigt haben, wie unbedingt notwendig es ist, eine gut geführte Streikliste zu haben. Dieses ist aber in unserer Organisation nicht der Fall, so daß des Beschlusses des letzten Verbandstages, daß jede Filiale einen Streikfonds gründen solle. Um diesem Uebel abzuwehren, müsse der Beitrag erhöht werden. Ein Kollege wies darauf hin, wie gerade die Mitglieder des Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiterverbandes einen bedeutend höheren Beitrag zahlen als die Stulkaftiere, trotzdem sie lange nicht einen so hohen Lohn verdienen. Besonders sei der Streikfonds bei denselben obligatorisch eingeführt und beträgt bis zu 50 % pro Woche. Die Abstimmung ergab, daß sämtliche Kollegen für eine Vertragsverhandlung waren. Es wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Zum dritten Punkt der vom Hauptverband vorgeschlagenen Tagesordnung Vertragsverhandlung“ erklärten sich die Mitglieder der Filiale Essen dahin, daß die Erhöhung eine unbedingte Notwendigkeit geworden ist. Trotzdem hält es die Versammlung betreffs Erhöhung der Beiträge um mehr als das Doppelte, in der vom Hauptverband vorgeschlagenen Höhe, mehr schädlich als nützlich und betreffs Genehmigung der Kollegen zur Organisation und befragt die Mitglieder, den Beitrag auf 40 Wochen und pro Woche 50 % festzusetzen. In den Monaten Dezember, Januar und Februar ist kein Beitrag zu erheben. Die Erhöhungen sind so zu verteilen, daß von diesen im Jahre pro Mitglied zu zahlenden M. 20 Beitrag M. 8 die Hauptkasse als Beiträge, M. 8 ebenfalls die Hauptkasse als Streikfonds verwaltet und die übrigen M. 4 in den Filialen als Lokalfonds für Streik, Verwaltung usw. verbleiben. „Betreffs Mitgliedsverpflichtung wurde folgender Antrag angenommen: „In Anbetracht der in Aussicht genommenen Erhöhung der Beiträge und eventuellen Annahme derselben sieht die Filiale es nicht als vorteilhaft für den Verband an, wenn nach dem Antrage des Hauptverbandes verfahren werden soll, und befragt deshalb nach eventueller Annahme einer Erhöhung die Bestätigung des bisherigen Mitgliedsverpflichtungsmodus.“ In „Verbindliches“ wurde von Seiten des Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß jeder es sich zur Pflicht machen müsse, dem Verein „Gewerkschaftshaus“ anzugehören, damit endlich einmal dem „Lohnmangel“ abgeholfen wird und wir zu einem eigenen Gewerkschaftshaus gelangen. Ferner wurde auf die Bedeutung der Arbeiterpresse hingewiesen und dahin angefordert, daß auch jeder Abonnent des „Arbeiter“ sein müsse, denn dieser sei das einzige Organ hier an Orte, welches nur allein die Interessen der Arbeiter vertritt. Nach einer Aufforderung, fröhlich für den Verband zu agitieren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Kattowitz. Am 18. Dezember hielt die Filiale ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zum Punkt: Vertragsverhandlung sprachen sich alle Kollegen dahin aus, daß der vorgeschlagene Beitrag, den bisherigen Verhältnissen angemessen, zu hoch sei. Dagegen wurde folgender Antrag angenommen: Die Beiträge im Sommer auf 30 und im Winter auf 20 % zu erhöhen mit den bisherigen Abgaben an den Hauptverband. Zum Streikfonds sollen pro Woche 10 % erhoben werden, welchen die Filiale verwaltet. Weiter wurde beantragt, ein eigenes Organ zu gründen und Arbeitslosenversicherung einzuführen. Dann wurde geteilt, daß vom Hauptverband gar nichts für Ober-schlesien aufgewendet wird, sämtliche Agitationsstouren gehen nur bis Eschen, dann ist Schluß. Fortschrittlich wird es anders werden, wenn wir einen besoldeten Vorstand haben. Um unseren Situationsbericht ausführlich ausarbeiten zu können, wurde vom Kollegen Frisch der Vorschlag gemacht, daß diejenigen Kollegen, welche von den unzulänglichen Eiden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse kennen, dies dem Filialvorstand umgehend schriftlich mitteilen könnten. Einige Kollegen verpflichteten sich, diese Arbeit auszuführen. (Anmerkung des Schriftführers: Ich kann nicht umhin, den Ausschuß zu fragen, ob die Mitglieder derselben Ober-schlesien und deren Verhältnisse kennen? Ich glaube nicht! Sonst hätten sie es nicht mit Königberg zusammen gestellt, die beiden Gegenden vertreten Eiden. Da Skatowitz selbst noch sechs Stulkaftiere ergreift werden muß, wo keine Organisation ist, infolgedessen der Delegierte zwölf Städte zu vertreten hat, wenn es langt!) In der Ver-

sammlung wurden noch einige Reserven unter den Kollegen erörtert. Zwei Kollegen wurden neu aufgenommen. Darauf schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband der Stulkaftiere und einem Mahnwort an die Kollegen, die Versammlungen im neuen Jahre recht zahlreich zu besuchen.

Münster. Anträge der Filiale zum Verbandstag: Weistragserhöhung. Der Beitrag soll ein einheitlicher sein und soll für dem Sommermonat pro Woche 25 % für drei Wintermonate pro Woche 25 % betragen. Von jeder 25 % Marke erhält die Hauptkasse 15 %, die Filialkasse 10 %, der Streikfonds 10 %. Von jeder 25 % Marke erhält die Hauptkasse 10 %, die Filialkasse 5 %, der Streikfonds 10 %. Streikunterstützungselement. § 1. Desgleichen kann Sperre verhängt werden. a) In wichtigen unvorhergesehenen Fällen von der Filiale, ohne vorhergehende Einholung der Erlaubnis des Hauptverbandes. Jedoch ist diesem sofort auf dem kürzesten Wege Mitteilung zu machen. b) Bei weniger wichtigen oder längst vorauszuweisenden Fällen ist die Erlaubnis des Hauptverbandes einzuholen. c) Bei einer Sperre soll dem in Arbeit stehenden Kollegen ein Ersatzbeitrag abverlangt werden, dessen Höhe von der Filiale zu bestimmen ist. In § 2 soll in dem Satz: „Zum Eintritt in den Streik ist Hinzutreten Majorität sämtlicher organisierter Kollegen“ das Wort „organisiert“ gestrichen werden. § 14 soll heißen: Streikunterstützung erhält jedes Mitglied aus dem Mitteln des Verbandes, jedoch liegt es in dem Ermessen der Filiale, auch an nichtorganisierte Kollegen Unterstützung auszugeben. § 16: Für die erste Woche werden aus der Verbandskasse keine Unterstützungen gewährt an solche Kollegen, welche beim Ausbruch des Streiks in Arbeit standen. Eisenunterstützungselement. Zu 1. soll hinzugefügt werden: „Kein Kollege bei seiner Ankunft sofort in Arbeit, so hat derselbe seinen Anspruch auf Unterstützung.“ Ferner sollen auf den Karten Punkte angegeben werden, von denen ab die Unterstützung, speziell für Deutscher und Schweizer, geregelt werden kann, oder es möge sich der Hauptverband mit den dortigen Korporationen in Verbindung setzen, um eine einheitliche Regelung zu erzielen. Agitation. Es wäre zu veranlassen, daß italienische Statuten und Flugblätter gedruckt werden. Arbeitsschadeweis. Es soll von jeder Filiale monatlich ein Bericht an den Hauptverband eingeleitet werden, indem über die voranschreitende Konjunktur des nächsten Monats berichtet wird. Die Berichte sollen zusammengefaßt und vom Hauptverband wieder den einzelnen Filialen ausgestellt werden.

Krankenkasse.

Berlin. In der Mitgliederversammlung der Zentral-Krankenkasse der Maurer zu „Grundstein zur Einheit“ sprach am Sonntag, den 16. Dezember d. J., Herr Ksman an Stelle des durch Krankheit verhinderten Herrn Gutheil über: „Das Unfallversicherungsgesetz und die geplanten Änderungen zur Kronenversicherung.“ Der Redner erklärte sich in seinem ausführlichen Vortrage für die Zentralisation der Krankenkassen, doch nicht für die Abänderungsvorschläge des Regierungsrates Dr. Hoffmann, die Vertriebs-, Anwarts- und Krankenentlasten weiter bestehen zu lassen, aber den freien Hilfsfällen das Lebensrecht anzubehalten und sie ebenfalls als Zulufthoffen bestehen zu lassen. Die Ausdehnung der Unterstufungsbeson von 18 auf 28 Wochen sei im Interesse der Mitglieder sehr zu empfehlen und dies sei bei einer Zentralisation bei weniger Verletzung zu errörtern. Der Redner führte besonders die Leistungen der Leipziger Krankenkasse an, die für 84 Wochen Unterstützung, auch für Familien: Unterstützung, freien Arzt, Arznei und Sterbegeld gewähre und außerdem eigene Genesungsheim für Lungenerkrankte eingerichtet hat. Im Abgange seien jedoch die Vorschläge des Regierungsrates Dr. Hoffmann abzulehnen. Besonders sei der Vorschlag, der Vorliegende der Kasse müsse ein Gemeindeglied sein, der dann, da auch die Unternehmer bei Zahlung der Hälfte der Beiträge dieselben Rechte erhalten sollen, den Vorschlag bei Anstellung der Beamten nicht mit den höchsten Mitteln zu befähigen. Die Bewahrung, daß die Kasernenverwaltung Mißbrauch werde zu politischen Zwecken, ist nicht bemerkbar; wir sind dagegen stolz, daß wir in unserer Kasernenverwaltung Männer finden haben, die auch nebenbei politisch tätig sind. In der Diskussion sprach die Kollegen im Sinne des Redneren und wurde der Wunsch laut, einen Bericht im „Grundstein“ zu bringen; dann wurde die Versammlung geschlossen.

Vom Bau.

Anfälle; Arbeiterschutz, Submissionsen etc.
Kattowitz. am 21. Dezember. Ein Unfall ereignete sich an dem Neubau des Stulkaftengebäudes an der Glöckner Bürger Gasse zwischen Flensburger und Engelshaus. Dort waren der Maurermeister Ehr. Neumann und ein Geselle, sowie der Valermeister Mangelsen an der Stelle, als die beiden zusammenbrachen. Die beiden Ereignisanten kamen, ohne Schaden zu nehmen, davon, der Valermeister dagegen zog sich einen Leibschmerz zu. Der Jubiläumswort der Stelle ist auf die nicht genügende Beschäftigung derselben zurückzuführen. Der Unternehmer Neumann ist zugleich Obermeister der Flensburger Bauergewerks-

* Der Rath der Stadt Dresden hat eine Verordnung zum Schutze der Arbeiter auf Bauten erlassen, die mit dem 1. Januar d. J. in Kraft getreten ist. Zum Erlaß der Verordnung war der Rath verpflichtet auf Grund des allgemeinen Baugesetzes vom 1. Juli 1900. Die Bestimmungen betreffen Baubauer, Block-, Raufwerk-, Fähr- und Feuerwerkstätten während der Wintermonate und Beschäftigung von Arbeiterinnen. Bezüglich Maßnahmen zur Unfallverhütung wird auf die Unfallverhütungsvorschriften der Schächigen Bauergewerkschaftsvereinschaft verwiesen. Das Mindestmaß dessen, was das Ministerium in den Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz vorgeschrieben hat, hat der Rath der Stadt Dresden in einigen Punkten ein wenig übertrieben, die Wünsche der Baugewerkschaft sind jedoch nach lange nicht erfüllt. — Werben Arbeiterinnen auf Bauten beschäftigt, so sollen ihnen besondere Unterkunftsräume und Aborte zur Verfügung gestellt werden, auch bürten Frauen keine Feiern feiern und die Stadtwärter und Gerichte, auf denen sie beschäftigt werden sollen, müssen mit Vertretern dicht abgedeckt sein. Mit der Durchführung der Bestimmungen will es der Rath, wie es scheint, recht streng halten, denn die Strafbestimmungen lauten bis zu M. 1000 Geldstrafe oder Haft bis zu sechs Wochen, auch kann das Weiterbauen verboten werden.

* Verordnungen, ähnlich denen der Stadt Dresden, aber doch noch schlechter für die Arbeiter, haben die Polizeipräsidenten in Danzig und Stettin erlassen. In Stettin besteht zwischen Arbeiter und Unternehmern die Vereinbarung, daß die Baubanden in den Wintermonaten geheizt werden müssen; die Polizeibehörde hat davon aber nichts in ihre Verordnung übernommen, sie versucht im Gegenteil, die Heizung der Bauten aus Besorgnis für Feuergefahrlichkeit, zu verhindern. Sollten sich in Stettin wirklich keine Einrichtungen schaffen lassen, die warme Baubanden und Feuersicherheit zugleich garantieren? Die Danziger Verordnung schreibt gleich der Dresdener und anderen in der Neuzeit erlassenen Verordnungen die Heizung der Unterkunftsräume in den Wintermonaten vor.

* Im obenberührten Landtage kam am 18. Dezember die färsich von uns erwähnte Petition betreffs Vauarbeiterchutz zur Beratung. Begründet wurde die Petition in eingehender Weise vom Abgeordneten Gewissen Paul Hüq. Der Landtag nahm nach längerer Diskussion einen Antrag des Verwaltungsausschusses an, welcher lautet: „Der Landtag wolle die Petition der Bauarbeiter als Material zur Benutzung bei der Aufstellung von Normalstatuten überweisen.“ Bemerkt sei noch, daß der Regierungskommissar im Ausschusse den Arbeiterfortschritt zugestanden und erklärt hat, daß im Ministerium ein Normalstatut ausgearbeitet werde.

* Baukontrollen. Die Bauarbeiterkontrollkommission in Kattowitz hat in der Zeit vom 10.—13. Dezember d. J. eine Baukontrollen vorgenommen, um festzustellen, inwieweit die Polizeiverordnung, betreffend Arbeiterfürsorge auf den Bauten, beachtet wird. Gefährlicher Weise sind die Baubanden fast alle mit Holzstüben und aus mit Decken versehen, doch fehlt es leider den Arbeitern noch vielfach an Wärm, die Decken anzufeuern. Nicht genommen sollten die Portiere ganz von selbst dafür sorgen, daß die Bauten gemärrt werden, derselben die Herren Parlierer doch nie, sich für Bauten durch einen Lehrling oder Arbeiter ziehen zu lassen. In Unfallverhütungsvorschriften und besonders auch an Verbandsstatuten mit Verbindung zur ersten Hilfeleistung sind Unfälle sehr zu bebauehlicher Weise noch immer. Ebenfalls lassen die Aborte noch immer die zu wünschen übrig, obwohl die Hauptrolle in letzter Zeit mehr ihr Augenmerk auf die Aborte und Gerüche gerichtet hat. Mehrfach fehlen Türen oder Thürschlössen und am Zielbau der Firma Heilmann ist der Abort ohne Bedeckung. Nicht mangelhaft wurde auf einigen Bauten auch die Bedeckung der Walfenlagen vorgenommen. Schließlich werden alle Bauarbeiter erucht, stets auf die Verteilung der Walfenlagen bedacht zu sein und auch die Baukontrollen in ihrer Thätigkeit zu unterstützen.

Die Bauten-Kontrollkommission in Gternberg nahm färsich eine Revision der Winterbauten vor. Es wurden drei Bauten und ein Zimmerplatz kontrolliert. Ein Bau außerhalb der Stadt wird von dem Unternehmer Rod aus Worb, einem Dorf bei Gternberg, ausgeführt. Derselbe ist bis auf das Fugen- und Putzen fertig. Deshalb ist auch die Baubude abgedeckt und nach dem Keller verlegt. Der Raum ist ein unangenehmer Aufenthalt für die Arbeiter, denn Türen und Fenster ichtlen gänzlich, insofern der Wind ungehindert da hinein pfeifen kann. Ein Verbandsstatuten befindet sich nicht darin, auch sind die Unfallverhütungsvorschriften nicht ausgehängt. An dem Gerüst aus Gerüst werden, daß es nach keiner Seite hin abgedeckert ist. Über einen zweiten Bau desselben Unternehmers, der aber innerhalb der Stadt sich befindet, läßt sich noch nicht viel sagen, da die Arbeiter erst beim Uebersehen der Baugrube sind. Der dritte Bau wird von dem Zimmerunternehmer Krackau, der auch Maurer beschäftigt, angeführt und ist eben erst in Angriff genommen worden. Ein Abort ist vorhanden, aber ohne Thür und Fenster. Eine Baubude ist wohl aufgeschlagen, sie wird aber größtentheils zum Lager von Baumaterialien benutzt und Fenster hat sie auch nicht. Unfallverhütungsvorschriften hängen nicht aus und ein Verbandsstatuten ist auch nicht vorhanden. Der Zimmerplatz des Herrn Bergauer ist nach dem Zimmerplatz verlegt worden, weil der Platz bei seinem Hause für die Zulage zu klein ist. Eine Baubude ist vorhanden, es sind auch Fenster darin, in diesen leider aber kein Glas. Unfallverhütungsvorschriften und Verbandsstatuten ichtlen gänzlich. Da die Herren „Baumeister“ nur wof die Walfenlagen abteilen werden, nach dem sie fentlich darauf aufmerksam gemacht sind?

In Gternberg wurden von der Lübecker Bauarbeiterkontrollkommission am 11. Dezember 13 Bauten kontrolliert; auf fünf derselben war die Arbeit eingeleitet, während auf den übrigen insgesamt 55 Arbeiter beschäftigt waren. Unfallverhütungsvorschriften waren auf keinen Bau angehängt. Die Walfenlagen waren nirgends abgedeckt, selbst diejenigen nicht, auf denen momentan gearbeitet wurde. Auf die Frage, warum die Walfenlagen nicht abgedeckt seien, wurde geantwortet: „Weil wir keine Vertreter haben!“ Baubanden und Zementsäcken. Betreffs des Aborteinbaus herrschen teilweise Zustände, daß man sich wundern muß, daß die Verände nicht laßt darauf aufmerksam geworden ist. So wird z. B. auf einer Stelle die Hofbuckel auf offenem Felde vertrieht, in der Nähe der Schule und bewohnter Häuser. Der Unfall, daß

* Das Bayerische Ministerium hat eine für ganz Bayern gültige Bauvorschriften erlassen. Man findet darin fast Alles wieder, was schon seit Jahren in den Unfallverhütungsvorschriften der Bauergewerkschaften fest steht. Zusammen ist zu hoffen, daß in Folge dieser Verordnung die Verhältnisse auf den Bauten besser werden. Denn die baupolizeilichen Organe, die sich bisher wenig um die Durchführung der bauergewerkschaftlichen Vorschriften kümmerten, auch auf den Erlaß und die Aushängung solcher Vorschriften überhaupt keinen Einfluß ausüben konnten, werden sich nunmehr doch beschäftigen müssen, die Verordnung des Ministeriums zu beachten. Die Hauptthätigkeit werden freilich nach wie vor die Bauarbeiter ausüben müssen. Sie haben überall darauf zu bestehen, daß sie zu ihrem Schutze bestimmten Maßregeln durchgeführt werden und niemals dürfen sie ihre Hand dazu bieten, die Vorschriften zu umgehen. Für genügende Bekannmachung der ministeriellen Verordnung müssen, soweit dies nicht durch die Behörden geschieht, die Bauarbeiterkontrollkommissionen oder die Verwaltungsborgane der bauergewerblichen Arbeiterorganisation Sorge tragen.

In Stockdorf keine Hochbauabnahme stattfindet, kauft bereits an, sich zu rühen. Es wurde gefunden, daß Wände auf un-

unterschiedlichen Balken, ja in einem Falle sogar auf eine stützige Latte gelagert waren. Es wurde beobachtet, daß in einem Raum, auf welchem die Arbeit eingestellt war, immer der letzte Balken an den Scherwänden fehlte, dafür war denn eine Schicht ausgelegt, worauf aller Wahrscheinlichkeit nach der Fußboden liegen soll. Bei einem schon bewohnten Hause wurde bemerkt, daß sich die eine Seitenfront bereits um mindestens 15 cm gesenkt hat und um 10 cm nach außen ausgebaucht ist.

In Bromberg wurde kürzlich eine Anzahl Bauten kontrolliert und es wurden ziemlich viel Mängel vorgefunden. An 18 Bauten gingen zunächst keine Unfallverhütungsvorschriften aus, und ebenfalls fehlten Verbandszeug- und Anleitung zur ersten Hilfeleistung bei Unfallsfällen. Baubanden und Aborte waren an den meisten Bauten; als gut war jedoch keine dieser Einrichtungen zu bezeichnen. Es fehlten entweder Türen und Fenster, fester Fußboden, Tische und Bänke oder Ofen, oder auch Alles miteinander. Auch an den Bauten selbst, die für Innenarbeiten im Winter dicht gemacht werden sollen, fehlten in einigen Fällen die Fenster- und Thürverschlüsse. Die Gerichte befanden sich gleichfalls in unzulässigem Zustande.

Eine fassige Blüte des Submissionswesens. Zur Erlangung der Anfrichterarbeiten an einem Schulhausbau in Müllschänke hatten die Bauleiter und Verbandszwangsmitgliedern weitere 13 einzelne Firmen Offerten eingereicht. Die Summe folgte mit M. 15 427,08 rechte Preise angelegt haben, das gegen forderte ein Herr Consee nur M. 7558,10, während sich ein Herr Schneider auf M. 24 497,95 berief. Der Consee'schen Offerte am nächsten standen noch drei andere mit M. 8583,05, 8897,27 und 9340,10; zwischen der Offerte der Summe und der Schneider'schen stand nur eine von M. 16 716,86. Die übrigen Förderungen bewegten sich von über M. 10 000 bis 18 734,71. Prozentual ausgedrückt haben also gefordert: Consee rund 100, Summe 204 und Schneider 324. Und so sage man noch, das Submissionswesen sei nicht ein herrliches Mittel; die Arbeit reißt zu heulen.

Unternehmer-Knallgebungen.

Die „Vaugewerks-Zeitung“ sagt in ihrem Neujahrs-artikel, nachdem sie in üblicher Weise über die Herrschaft der sozialdemokratischen Führer und die Streiklust der Arbeiter gezeigert hat: „Was den wirtschaftlichen Kampf innerhalb unserer Reichsäpfel angeht, so wollen wir, daß die Gesetzgebung erneuert wird, mit einem Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen beschaffen wird.“ Weiter kündigt das Blatt mit Gewißheit die Einführung des Beschäftigungs-nachweises für das Vaugewerbe an und fordert zum Schluß die „beulischen Bauleute“, auf sich gegen den übermächtigen Kampf der Arbeiterorganisationen zu rufen: Vereinigt Euch, schließt Verbände oder schließt Euch den vorhandenen Organisationen an, wogu die Grundlagen längst geschaffen sind, und denkt daran, daß man ohne eigene Arbeit und eigene Opfer reife Früchte nicht pflanzen kann. Mögen die Arbeiter diesem an die Unternehmer ergangenen Ruf recht bald Folge leisten.

Aus anderen Berufen.

Der Deutsche Metallarbeiterverband veranstaltet seine 6. ordentliche Generalversammlung am 28. Mai und folgende Tage in Nürnberg.

Der Verband der Zimmerer rechnete im 3. Quartal des vorigen Jahres mit 28 853 zahlenden Mitgliedern. Die Quartals-abrechnung weist Einnahmen aus im Eintrittsgeldern M. 2766,50, an Wochenbeiträgen M. 97 708,85, Streiflöden M. 14 326,37 und an sonstigen Einnahmen M. 5627,86. Die Hauptkasse erhielt von den Wochenbeiträgen M. 79 794,08 und die aufgeschriebenen Streiflödenbeiträge ganz. Die Gesamteinnahme der Hauptkasse betrug M. 103 571,32, mit dem Bestand vom 2. Quartal M. 253 899,12. Die Ausgaben in der Hauptkasse bezifferten sich auf M. 51 756,46, wovon Hauptkosten sind: Eintrittsunterstützung M. 27 287,55, Agitation M. 3593,15, Fachorgan M. 18 248,79. Der Vermögensstand war in der Haupt-kasse M. 202 142,66, in den Hilfskassen M. 48 424,80.

Der Verband der Buchbinder zählte am Schluß des 3. Quartals 12 014 Mitglieder, davon 4060 weibliche, gegen das 2. Quartal eine Zunahme von 1090 männlichen und 1729 weiblichen Mitgliedern. Die Einnahmen der Verbandskasse beliefen sich auf M. 29 594,57, denen eine Ausgabe von M. 90 010,26 gegenüberstand. Für Arbeitslosenunterstützung mußten M. 5717,25 aufgewandt werden, die Hauptausgaben entfielen für Unterstützung der Ausgeherten in Berlin, Leipzig und Stuttgart M. 80 825. Der Kassensstand belief sich mit Quartalschluß auf M. 108 202,86.

Der Verband der Schneider ist im 3. Quartal von 15 011 Mitglieder zurückgegangen. An Eintrittsgeldern und Beiträgen vereinnahmte die Hauptkasse M. 18 339,01, die Gesamteinnahme in der Hauptkasse inkl. Kassensstand vom 2. Quartal im Betrage von M. 78 879,18 betrug M. 97 011,20. Der Kassensstand in der Hauptkasse verringerte sich auf M. 70 204,88. Die Hauptausgaben sind: Fachzeitsung M. 8869,10, Streikunterstützung M. 15 869,76, Verbandslag M. 4124,60.

Der Verband der Brauer hatte im 3. Quartal, bei einer Mitgliederzahl von 11 779 eine Einnahme von M. 32 578,69. Mit dem Bestand von M. 25 576,40 und Mittelbehalten für das 2. Quartal betrug die Gesamteinnahme M. 71 769,74, der Ausgaben in Höhe von M. 27 419,94 gegenüber stehen. Vorausgaben wurden für Arbeitslosenunterstützung M. 2621,80, Krankenunterstützung M. 8887,30, Agitation und Wohnbewegung

M. 5921,16, Verbandsorgan M. 3278,01. Das Vermögen betrug in der Hauptkasse M. 44 350,40.

Der Streit der Leipziger Steinseifer, der im vorigen Jahre vom 28. Juni bis 17. September geführt wurde, folgte den Arbeitern M. 18 687,88. Davon sind M. 9864,91 für Streikunterstützung und M. 1811 für Reiseunterstützung verausgabt worden. Zu dem Bedarf lieferte die Zentralkasse M. 7590, das Leipziger Gewerkschaftsamt M. 3550, M. 2120,80 brachten die Mitglieder am Orte auf, aus der Lokalfasse und aus laufenden Beiträgen, während der Rest anderweitig gesammelt wurde. Die verlorenen Arbeitstage bezifferten sich auf 4356 und der Lohnausfall auf 23 522,40. Der Erfolg war: Die Arbeitszeit ist von 10 auf 9 1/2 Stunden reduziert worden; der Stundenlohn wurde für 1900 auf 57 1/2 pro Stunde (gegen 45-50 1/2 im Vorjahre) und für 1901 auf 60 1/2 festgelegt.

Aus dem Auslande. Aus Dänemark wird über große Arbeitslosigkeit berichtet. Nach einer Statistik der zentralisierten Gewerkschaftsverbände waren in 67 Gewerkschaften von 79 602 Mitgliedern im November 1900 gleich 17,34 p.H. Arbeitslos. Der Fabrikantenerverband Dänemarks hat in einer außerordentlichen Generalversammlung, 20. Dezember, beschlossen, den allgemeinen Arbeiterverband aufzufordern, sämtliche in den zum Verband gehörenden Fabriken beschäftigten Mitglieder des Verbandes der Arbeitslosen auszuscheiden. Veranlassung dazu hat der Streik von 15 Glasgießerei-Arbeitern gegeben. Diese verlangen halt der bisher gezahlten 28 Dore 30 Dore (33 1/2 A.). Der Fabrikantenerverband hat aber seinen Mitgliedern jede Lohnreduzierung verboten. Die Fabrikanten erklären, daß dieser Streik ein Bruch der Abmachungen vom 5. September 1899 sei. Es sollen nun so viele Mitglieder der Arbeiterorganisationen ausgespart werden, als nötig sind, um diesen Streik zu unterstützen. Die Arbeiter der Danneberger Hüttenwerke haben die Arbeit zu den von den Unternehmern festgelegten Bedingungen aufnehmen müssen. Ausnahmlich waren nicht 2000, wie es berscheinlich in der vorigen Nummer unseres Blattes hieß, sondern 18 2000. — Im böhmischen Pöhlitzgebiet gab es unter den Arbeitern. Es ist Meinung vorhanden, zur Erreichung der achtstündigen Schicht in den nächsten Jahren.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

Von der „Schlesisch-Posenischen“. Aus Königsberg (Oberschlesien) schreibt man uns: Unter den deutschen Vaugewerks-Vereinigungen ist unteres Mißens die Schlesisch-Posenische diejenige, die von unsrer Kollegen am wichtigsten zu sein scheint. In einer dieser Kollegen betreffenden Unfallsache hat sie sich wieder einmal etwas erlaubt, was wohl in derartigen Dingen noch kaum vorgekommen ist und deshalb der Beachtung wertig ist.

Der Kollege D. von hier hatte in seiner Unfallsache, die die Verlesung eines Bruchlebens durch eine Verschüttung bei einem Kanalbau betraf, bei dem die Abkürzung der Erdwände unterlassen war, gegen die ihn abweisende Entscheidung des Schiedsgerichts Neßlau beim Reichsversicherungsamt eingeklagt, und zwar, wie er angibt, frist- und formgerecht. Er hatte sich in diesem Neßlau über die Schlesisch-Posenische u. A. darüber beklagt, daß sie grundlos die Vernehmung der Unfallzeugen ablehne und dadurch einen Irrtum über die Art der Verschüttung herbeiführt habe. D. war nämlich ganz zu recht entschuldigt gewesen, trotzdem hatte auch das Schiedsgericht angenommen, daß er nur teilweise entschuldigt gewesen sei; die Zeugenvernehmung war also nicht unterbleibt.

Gegen D.'s Neßlau wandte sich die beklagte Versicherungs-kasse mit einer Gegenerklärung, der wir folgende Probe entnehmen:

Wir haben weder die Vernehmung der Unfallzeugen verweigert, noch den D. sonst irgendwie in seinem Rechte eigenmächtig oder absichtlich beeinträchtigt, wie der Verfasser jenes Schriftstückes (des Neßlaues, d. N.), vermutlich einer der in Oberschlesien politische Propaganda betreibenden sogenannten „Volkswächter“ mehrdringender Weise behauptet. D. ist nach der Ansicht seines Arbeitgebers Gabriel ein unzuverlässiger Mensch, der es mit der Wahrheit nicht genau nimmt und für ein altes Bruchlebens einen ohne nachteilige Folgen verkaufenden Unfall haftbar zu machen sucht. Sollte seine Beschwerden seitens des hohen Amtes als Neßlau erachtet werden, bitten wir um geneigte Zurückweisung desselben.

Es wäre dringend zu wünschen, daß das Reichsversicherungsamt diese ganz neue Art, Gegenschreiben gegen Neßlau mit persönlichen Verdächtigungen der Arbeiter, die auf der „Anschau“ eines Unternehmers, eines obersteilischen Unternehmers dazu, beruhen, zu begründen, energisch zurückweist. Die Auslassung über die obersteilischen Volkswächter zeigt, daß der Verfasser der Gegenschreiben Obersteilern nur schlecht kennt, während freilich die Worte: „der D.“ und „das hohe Amt“ darauf hindeuten, daß er selbst ein Obersteiler ist, denn es ist gerade in Oberschlesien üblich, nach unten herrlich, nach oben — sagen wir: anders zu sein.

Polizei und Gerichte.

Wegen Verlesung der Baupolizei hatte sich am 18. Dezember der Kollege Wittag vor dem Schöffengericht in Zehdenick zu verantworten. Der Angeklagte hatte in einer Verlesung am 9. August v. J. über die Mängel der Bauten gesprochen und die Unzulänglichkeiten auf den Bauten in Zehdenick einer besonders scharfen Kritik unterzogen. Bei dieser Gelegenheit soll er die Baupolizei in Zehdenick resp. die Beamten derselben dadurch beleidigt haben, daß er denselben vorwarf, sie gingen nur proleten kümmerlich sich aber sonst um nichts. Durch die Prozeßanbahnung wurde festgestellt, daß Wittag sich keiner Übertreibung bei der Kritik der vorhandenen Mängel habe schuldig gemacht. Das Gericht erkannte deshalb auf Freisprechung; der Anwalt hatte M. 20 Geldstrafe und Publikationsbefugnis auf Kosten des Angeklagten beantragt.

Verschiedenes.

Ein Spaghogel. Nachstehenden Brief, den wir wörtgetreu abdrucken, wurde einer Vauerverammlung in Zehdenick wald beigegeben. Unsere Kollegen ermuntern, und Ton und Inhalt des Briefes lassen sich darauf schließen, daß er von einem Vauunternehmer verbrochen worden ist. Wie dem auch sei, dem Verfasser sei herzlich; er hat uns eine heitere Lektürestunde bereitet und er wird auch in weiteren Kollegen-

freisen die Bachmuskeln reizen, was bei der sonst so traurigen Zeit nur anerkennend zu begrüßen ist. Der Brief lautet:

An die Tagesbeile, die sich Vauvergelegenheit schämen. Tagesbeile, rothhaarige Hunde, Füllgeier, müdet Ihr nicht lieber gleich Miststirke mitbringen und Eure Meister daran aufhängen???

Ihr Lumpenhunde verdient? nein, verdient nicht die Hälfte, die Ihr fordert und bekommt.

Was haben Eure Meister hier erworben, garnichts, die leben schlechter in ihrer Familie, wie Ihr, denn Ihr freßt das Fett, die Meister fressen die Schanden menschlichen Gesellschaft, Umhürzer der Menschheit, das gemeinste Raubthier ist, unbesont der Thierischen Gesühle, gegen seine Mitgeschöpfe gewöhnlicher wie Ihr, Zweibeinige Hyänen, gegen Eure Nebenmenschen. Aber Ihr, den ärmlichsten Hundes gleichwertige Geschöpfe, die Zeit wird kommen, wo Ihr auf den Knien rutschend, um Arbeit betteln werdet, dann sollt Ihr Straßendreck fressen, wie in China die Hunde, Ihr, für die der dreifache Miststirn zu rein ist, Euch darin liegen zu lassen.

Acht über solche Kreaturen, die leider Menschen ähnlich leben, aber unter dem künftigen Tier registrieren. Pflui und lauter Pflui, Boden und Best westliche Euck-Rastfrühe freffe Eure Leiden, denn für den Teufel feht Ihr zu haben.

Ihr wirtschaftlichen Lage. Aus dem Rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Schreibt man dem „Vorwärts“: Der vor einigen Tagen eingeleitete Frost kommt dem preisraubenden Kohlenhändler und den Händlern als natürlicher Bundesgenosse zu Hilfe. Das Geschäft wird blühen trotz des unheimlichen Niedergangs in gesamteten wirtschaftlichen Beding. Lohnreduktionen und Betriebsbeschränkungen, hierzu der Frost, das sind Faktoren, die die Existenz Tausender Arbeiterfamilien empfindlich bedrohen. Die Arbeiter, denen man besonders am 1. Mai den gewaltigen Verlust an Lohnausfall für eine freiwillig geleistete Schicht vordreht, sehr bald fe dazu verurteilt, in manchen größeren Betrieben durchschnittlich 1 bis 3 Tage pro Woche zu feiern. Dabei werden sie durch Lohnabzüge noch weiter getroffen. Und wehe dem, der sich mußt — er steigt auf's Pfaher. Dazu sind die Ausschüsse für die Zukunft trübsal. Der lochen herausgehobene Jahresbericht der Essener Kreditbank stellt fest für das zu Ende gegangene Jahr: Hochstand in den ersten vier Monaten, dann mit kurzer Unterbrechung fortgesetzter Niedergang und am Jahres-schluß vollständige Kaufnull auf dem Vauermarkte. Für das Vaugewerbe sind die Aussichten auch nicht weniger wie trübe. Neubauten sind bisher nur in ganz beschränkter Zahl angemeldet. Dem bisherigen Mangel an Arbeitskräften wird in diesem Frühjahr sicher ein ganz enormer Ueberschuß des Arbeitskräfte gegenüber stehen. — In London ist eine Spülantienengruppe zusammengebrochen. Ingesamt sind 29 Vrfenbesitzer bankrott; die Verbindlichkeiten der Vauentouren bezifferten sich auf viele Millionen. Die Bank von England hat den Diskont erhöht, und der deutschen Reichsbank wird nichts übrig bleiben, als diesem Beispiel zu folgen, zunal sich in letzter Woche die Metallvorräte um 75 Millionen verringert haben. In Newyork hat die günstige Konjunktur, die der großen Spekulation ungeheure Gewinne gebracht hat, bis Donnerstag angehalten. Am diesem Tage schlug die Welle des Bonbonier Straß nach Amerika hinüber und es erfolgte ein schwerer Sturz in Effektenmärkten.

Wichtig für jeden Arbeiter ist die Frage: Welche Romane sollen unsere Töchter und Söhne, unsere Frauen lesen? Da kommt uns der eben abgeschlossene Halbjahresband der „Freien Stunden“ zu Gesicht, der für den billigen Preis von M. 3,50 in faubrem Einband, über 600 Seiten stark, auf zwei Schweißlederen-Ergrählungen „Aus dem Leben der Entertainer“, den prächtig gedruckten kulturhistorischen Roman „Der Sohn des Nebelens“, nach H. Hugo's „Der lachende Mann“, enthält. Im neuen Jahrgang, dessen Heft 1 eben zur Ausgabe gelangt, werden von nun ab immer zwei Romane gleichzeitig erscheinen; der Verlag hat dafür zwei Romane gewählt, die wir für unsere Arbeiterfrauen sehr geeignet halten; sie haben nicht, wie „Der Sohn des Nebelens“, ein gewisses politisches und historisches Interesse zur Voraussetzung, sondern sie sind direkt aus dem praktischen Leben gegriffen: „Domben und Cogn“, von Dickens, die Geschichte des geflohenen Dandelsberns, der nur für seinen Reichthum und seinen Sohn Interesse hat, die reiche Liebe seiner Tochter achtlos wegwirft, die Brutalität und Grauelei der sogenannten besseren Gesellschaft prachtvoll schildern und geistvoll, und „Hanna“, von Sinkwitz, die liebliche Geschichte der jugendliche guten Freunde für ein und dasselbe Mädchen. Lassen wir die guten Illustrationen, die Ausstattung und den billigen Preis von 10 A. in's Auge, so können wir unserer Lesern nichts Besseres empfehlen, als das Abonnement auf die „Freien Stunden“.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag). Heft 18 des 19. Jahrganges hat folgenden Inhalt: Weltmarktstand. — Das Wachsthum des internationalen Sozialismus. Von E. Vandervelde. — Landwirtschaft und Militarismus in Schweden. Von Erik Brunte. — Bevölkerung und industrielle Entwidlung in Frankreich. Von Karl Kautsky. — Berliner Theater. — Literarische Rundschau: Gustaf v. Steffen, England als Weltmacht und Kulturstaat. Dr. M. Schorr, Organisaesza Zydow w Polsce od najdawniejszych czasow az do r. 1772. — Feuilleton: Aus den Memoiren eines Posener Lehrers. Von Genry Siemkiewicz.

Gesundheitschutz in Staat, Gemeinde und Familie, herausgegeben unter Mitwirkung von Vergien und Fachgelehrten von Emanuel Warm. Verlag von J. S. W. Dieß Nachf.

Aus dem Inhalt der Heft 15 und 16 haben wir hervor: Die Gelfestkrankheiten. — Der Alkoholismus und seine Bekämpfung. — Die Kleidung. — Wohnung und Werkstatt. — Die Wohnungsfrage.

Das Werk wird in Lieferungen von je 32 Seiten à 20 A erscheinen und in 25 Heften komplet vorliegen. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Kolporteur entgegen. Alle vierzehn Tage erscheint ein Heft.

Das hungerrnde Mißland, Reisebilder, Beobachtungen und Untersuchungen von Dr. C. Rejmann und Porbus. Heft 8 und 9 des reich illustrierten Wertes: enthalten: Bauernwirt-

Schaft und Hungernöth in Spanien. - Die Gürtelwirtschaft im Gouvernement Spanien. - Die deutschen Kolonien an der Wolga. - Die Stadt Spanien. - Die Hafen- und Wanderarbeiter in Spanien. Neben der bereits komplet vorliegenden Ausgabe, welche...

"Waterlandlose Gesellen". Verlag von F. S. W. Dieß Nacht. Kurze Biographien der verstorbenen hervorragenden Sozialisten des 19. Jahrhunderts. 108 Seiten. Elegant gebunden. Preis 50 A.

"Wagner, Fabrikanten- und Lohnberechnungstabellen zur Ermittelung des Vielfachen der Waaren-Einheitspreise, der Stunden-, Tages-, Wochen-, Monats-, Quartals- und Jahreslöhne für Arbeiter. 2. Auflage. Leipzig, Gustav Weigel. Preis M. 1,10.

Arbeiter-Bildungsschule, Berlin. Die vor 10 Jahren durch W. Liebsch in's Leben gerufene Arbeiter-Bildungsschule hat für das Mitte-Januar beginnende 1. Quartal 1901 folgenden Lehrplan aufgestellt:

Table with 4 columns: Unterrichts-fach, Behandelte Lehrstoff, Lehrer, Unterrichts-abend. Rows include: Geschichte, Natur-Erkennntnis, National-Oekonomie, Neben-Übung.

Der im Gemerkschaftshaus, Hof links, 2 Tr., abgehaltene Unterricht beginnt in Geschichte Montag, den 14. Januar; Naturerkenntnis Dienstag, den 15. Januar; National-Oekonomie Donnerstag, den 17. Januar; Neben-Übung Freitag, den 18. Januar.

Der Kursus erstreckt sich auf 10 Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 10 1/2 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. - Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 A; das Unterrichts-geld für jedes Fach beträgt pro Kursus M. 1 und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen. - Der erste Abend jedes Kursus steht Jedermann zum unentgeltlichen Besuch frei.

Briefkasten.

Kassen, Kassen und Verh. Versammlungsanzeigen kamen zu spät.

Streikabrechnungen.

Maurerstreik in Gosum.

Table with 2 columns: Ein-nahme, Ausgabe. Rows include: Aus dem Zentralfonds, Von den örtlichen Einnahmen der Hauptkasse, Aus dem sonst noch am Orte vorhandenen Unter-stützungsfonds, Beiträge der zu den neuen Bedingungen arbeitenden Kollegen, Von Gewerkschaften am Orte erhalten, Sonstige Einnahme, Ausgabe.

Susum, den 8. Dezember 1900. Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung: Die Revisoren: C. Mohweder, Fritz Wiefen, Peter Wibling, Johann Hoffmann, August Peterfen.

Maurerstreik in Friedland i. M.

Table with 2 columns: Ein-nahme, Ausgabe. Rows include: Aus dem Zentralfonds, Von den örtlichen Einnahmen der Hauptkasse, Beiträge der zu den neuen Bedingungen arbeitenden Kollegen, Auf Wiesen gesammelt, Ausgabe.

Friedland i. M., den 11. Dezember 1900. Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung: Die Revisoren: A. Bounath, W. Krüger. Für die Streikkommission: Carl Sebute.

Maurerstreik in Wiesbaden.

Table with 2 columns: Ein-nahme, Ausgabe. Rows include: Aus dem Zentralfonds, Beiträge der zu den neuen Bedingungen arbeitenden Kollegen, Von dem am Orte befindlichen Gewerkschaftskassell, Gewerkschaften am Orte erhalten, Ausgabe.

Wiesbaden, den 19. September 1900. Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung: Die Revisoren: Phil. Schmidt, Wth. Welbert. Für die Streikkommission: Phil. Abel, Wth. Schmidt.

Zentralverband der Maurer.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Abrechnung für das vierte Quartal.

Da dem in der Oberwoche stattfindenden Verbandstage bereits eine vollständige Jahres-abrechnung vorgelegt werden muß, so ist dieses Mal ganz besonders pünktlich abzurechnen. Gelder der Hauptkasse wie auch des Streikfonds müssen von Zahlstellen, die keine Reiseunterstützung ausgaben, vollständig eingekandt werden. Zahlstellen, die Reiseunterstützung ausgaben, können M. 10 zur Auszahlung der Unterstützung zurückbehalten. (Selbstverständlich erhalten alle Zahlstellen, die mit der zurückbehaltenen Summe nicht auskommen, Zuschüsse aus der Hauptkasse). Die Gelder sollen in letzterem Falle bis auf M. 10 eingekandt werden, der Kontrolle wegen. Wir wollen denjenigen Kassieren, die sich etwa an der Unreinlichkeit Geldern vergreifen haben, die Möglichkeit nehmen, mit einem Hinweis auf die zur Reiseunterstützung erforderlichen Gelder ihre Unrechlichkeiten uns gegenüber berzugen zu können.

Revision der Kassen- und Buchführung.

Nach Statut sind die Revisoren verpflichtet, mindestens einmal monatlich eine Kontrolle der Kassen- und Buchführung vorzunehmen. Für die Ausführung der Kontrolle berufen wir uns auf die im März dieses Jahres überarbeitete Anweisung. Die Quartalsabrechnung muß von den Revisoren geprüft und, wenn für richtig befunden, unterzeichnet werden.

Stellt sich bei der Revision heraus, daß die Kasse und die Buchführung nicht in Ordnung sind, dann ist uns sofort davon Mitteilung zu machen.

Auch die örtliche Verwaltung hat das Recht und die Pflicht, sich davon zu überzeugen, ob die Kassen- und Buchführung in Ordnung ist.

In letzten Jahre sind wiederum in einigen Zahlstellen in der Kassenführung Unregelmäßigkeiten vorgekommen.

Fest in allen Fällen sind die Berentreibungen auf die Nachlässigkeit und Veranlassungsbüßerei der Revisoren und örtlichen Verwaltungen zurückzuführen. Dieselben werden daher ersucht, die Kassierer regelmäßig zu revidieren.

Vertheilungsverband.

Vertheilungen, wie Eintritts-, Vertrags-, Kaspotage- und Streikfondsmarken zc. werden in Zukunft nur noch an die Bevollmächtigten gelangt.

In den Zahlstellen sind die Vertheilungen nach Bedarf vom Bevollmächtigten an den Kassierer und vom Kassierer an die Hülfskassierer resp. Vertragssammler auszufördern, aber nur gegen Quittung. Zur Quittierung der empfangenen resp. ausgegebenen Vertheilungen sind in den Zahlstellen, soweit es noch nicht geschehen, kleine Notizbücher zu beschaffen.

Die Quittungsbücher sind bei der Revision den Revisoren vorzulegen.

An die Auszahler der Reiseunterstützung.

Den nachstehend bezeichneten Mitgliedern: P. Vertfin (Buch-Nr. 145346), G. Eggert (Buch-Nr. 122 158), Ad. Gorenien (Buch-Nr. 143 421), Otto Barckweit (Buch-Nr. 7594), Otto Schmidt (Buch-Nr. 22 256), Herm. Simon (Buch-Nr. 122 256), Hans Ross (Buch-Nr. 122 255), Hans Rab (Buch-Nr. 222 619), ist ihre Reiselegitimationskarte abzunehmen und dem Vorstande umgehend einzuliefern.

Für reisende Mitglieder.

Die Zahlstelle We dem u. H. hat sich aufgelöst und wird infolgedessen in diesem Orte Reiseunterstützung nicht mehr aus-gegeben. Letzteres trifft auch für die Zahlstellen Clausthal

Zellerfeld, Dirschau, Frankstabi und Haseburg zu. Diese Zahlstellen besitzen noch kein ganzes Jahr und sind daher irrthümlich im Abrechnungsverzeichnis als Zahlstellen, welche Reiseunterstützung zahlen, bezeichnet worden.

Vom Vorstande bestätigt.

Sind alle bis jetzt neu gewählten Verwaltungsbeamten, soweit dieselben angemeldet wurden.

Ausgeschlossen.

wurden auf Grund § 15 a resp. b des Statuts von der Zahlstelle Wülheim a. d. Ruhr: Hermann Freyberg (Buch-Nr. 87 868); Frankstabi: Joseph Voigt (Buch-Nr. 228 259); Waren i. M.: Fritz Korff (Buch-Nr. ?); Wülth i. P.: Carl Dähle (Buch-Nr. 59 099), Robert Lange (Buch-Nr. 018 862); vom Vorstande: Joseph Kofel (Buch-Nr. 052 632), Franz Schneider (Buch-Nr. 061 199), Franz Monaglet (Buch-Nr. 41 228), letztere drei zur Zeit in Dresden; von der Zahlstelle Duisburg: August Pfirs (Buch-Nr. 026 660), Heinrich Brand (Buch-Nr. 070 782), Joseph Dominikus (Buch-Nr. 167 238), Gottlieb Driegen (Buch-Nr. 167 252), Franz Glabä (Buch-Nr. ?), Ernst Günther (Buch-Nr. 167 197), Heinrich Herberg (Buch-Nr. 167 194), Wth. Sufen (Buch-Nr. 167 183), Friedr. Hoffmann (Buch-Nr. 167 236), Hendrik Gullen (Buch-Nr. 070 839), Gerhard Janßen (Buch-Nr. 070 888), Theodor Kemling (Buch-Nr. 79 073), Georg Kaufmann (Buch-Nr. 167 168), Heinrich Kircher (Buch-Nr. 070 822), Oskar Kircher (Buch-Nr. 070 868), Johann Kircher (Buch-Nr. 070 860), Gottlieb Krenjer (Buch-Nr. 107 230), Heinrich Laug (Buch-Nr. 070 818), Anton Leib (Buch-Nr. ?), Paul Müller (Buch-Nr. 167 164), Konrad Wainigke (Buch-Nr. 53 978), Peter Ramm (Buch-Nr. 167 139), Christian Naunichüssel (Buch-Nr. 167 207), Johann Steuper (Buch-Nr. 167 182), Heinrich Süß (Buch-Nr. 070 873), Karl Tramm (Buch-Nr. 167 222), Wilhelm Wiltner (Buch-Nr. 070 848), Hermann Peter (Buch-Nr. 167 555), Carl Meier (Buch-Nr. 070 704), Johann Kroll (Buch-Nr. 167 825), Gustav Schmitter (Buch-Nr. 070 857), Jakob Simon (Buch-Nr. 070 845).

Nicht verloren gemeldet.

Sind die Mitgliedsbücher der Kollegen: S. Mönning (Buch-Nr. 210 325), Adolf Wier (Buch-Nr. 068 632), Paul Ingner (Buch-Nr. 075 063), August Wofin (Buch-Nr. 66 227), Johann Müller V (Buch-Nr. 96 287), Jakob Kiroel (Buch-Nr. 073 396), Georg Sappel (Buch-Nr. 96 461), E. Werner (Buch-Nr. 026 665), Louis Widler (Buch-Nr. 99 338), G. Winder (Buch-Nr. 050 824), Johann Döring (Buch-Nr. 061 908), Carl Root (Buch-Nr. 61 654), Fr. Liebrecht (Buch-Nr. 675). Dieselben werden hiermit für ungültig erklärt.

Nachstehende Mitglieder werden ersucht, in benannten Zahlstellen ihren Verpfändungen nachzukommen: Franz Tappert (Buch-Nr. 200 040) in Senftenberg, Herm. Güde (Buch-Nr. 0102 371), Ernst Barbziensky (Buch-Nr. 117 083) in Grob-Waldersfeld, Carl Wier (Buch-Nr. ?) in Grauberg seinem Logisbruder Hedroth, Michael Brandmeier (Buch-Nr. 093 953), Carl Schmidt (Buch-Nr. 71 694), Max Wiegert (Buch-Nr. 146 926) in Heidelberg dem Herbergsbater Schumann, Wth. Goremann (Buch-Nr. ?) in Mordeham seinem Logisbrater Halseboom.

Die Verwaltung der Zahlstelle Stettin erläßt folgende B a r n u n g: Der frühere Streikfondskassierer, Maurer Franz B a h l, ist als Mitglied nicht mehr zu betrachten. Einmalige Sendungen sollte man nur an den Bevollmächtigten dort Stellen gelangen lassen. Wir fordern hiermit die Mitglieder von Stettin und Umgebung auf, dem am 12. Dezember 1900 gefassten Beschluß bezüglich des Paßes die genügende Beachtung zu schenken, andernfalls die Kollegen auf Grund dieses Beschlusses ausgeschlossen werden. Der Vorstand.

In der Zeit vom 2. bis 7. Januar 1901 sind folgende Beträge bei mir eingegangen:

Hauptkasse.

Von der örtlichen Verwaltung: Lübeck M. 248,95, Wülsten b. St. Jacob 75,24, Friedberg i. d. Neumark 56,48, Gotha 528,25, Eiberfeld 291,70, Dranienburg 245,05, Griesheim b. Darmstadt 228,48, Herberleben 188,60, Döhlen 177,90, Trebbitz a. d. Elbe 175,80, Trebbitz 168, Dönsabrück 166,80, Großh. 135,88, Gräfenhainichen 132,80, Forst i. d. Laus. 111,75, Altbanm 108,20, Heinrichswalde 104,12, Jessen, Veg. Halle, 103,60, Galtrow 93,49, Gr. Ziegenort 89,12, Brinnum 88,20, Stargardt i. Hesse 80,18, Ermulsdorf 78,04, Jechow 78,70, Müllers i. Hesse 73,60, Arnstadt 71,58, Uychen i. d. Udem. 68,18, Gumbinnen 66, Marienburg 63,80, Wplau 66,54, Neuhau 66,87, Wlone a. d. Sabel 41,50, Söbendobelen 39,20, Steinbort, Kreis Orlau, 30,80, Geyren (Gangewiesen) 29,10, Bausen 29,84, Thurm b. Glaucha 20,78, Ulm 20, Copenick 19,30, Tempeln 16, Guelen 13,40, Burglauer 11,62, Karlsruhe 4, Benzlin 1,88, Leipzig 317,70, Schleichheim 800,80, Fienzburg 204,30, Baddorf i. Sollen 197,60, Freinwalde 185,08, Glindau 90,40, Foggelow 82,80, Franckenstein 80,80, Gollnow 68,78, Diesdorf 59,80, Duchiburg 53,04, Pöbejuch 53, Lumbach 52,16, Weisau 50,96, Arnburg 48,96, Bargeleide 47,85, Damm i. M. 47,30, Bornau i. Lauenig 45,40, Trebur 38, Schwartau 35,80, Wachen 34,38, Blankenfelde 27,40, Wlumenhald 33,72, Wertheburg 214,90, Dessau 182, Cujow 158,34, Rendsburg 151,45, Sprendlingen 144,80, Wriezen 133,28, Senftenberg 128, Arenzflatt 117,84, Fienzig 117,80, Angstedter 98,15, Schloßbach 89,80, Götzenhain 85,20, Wags a. d. Ober 81,80, Al. Schloßbach 80,80, Nöbel 79,80, Wilmberg i. d. M. 65,00, Niederdobelen 69,60, Timmerode 54,81, Friedberg 62,65, Fienzig 45,30, Scherwin a. d. Warthe 39,86, Ester 26,37, Gredemühlten 21,10, Wreß 20, Rappelt 8,04, Berlin 1 181,05, Berlin III 215,45, Neuhaldensleben 201,52, Lotzau 147,36, Luedenwalde 124,33, Nienburg a. d. Saale 119,12, Halle a. d. Saale 89,45, Trebbitz (Neumark) 79,36, Derenburg 70,59, Liegnitz 66,46, Friedburg i. d. H. 64,80, Wriezen 6, Brand 63,44, Nichtenberg - Franzburg 61,97, Fiedlingen 43,45, Elmshorn 35,60, Döbergschadt 29,85, Bunzant 11,72, Dösch 7, Wreßlau 1900,57, Stettin 800, Fförgen 130,05, Vergehord 84,20, Ludwigschafen 68,65, Dierholz-Scharnbeck 50, Sternberg i. d. Neumark 29,78, Falkenstein i. Vogtl. 10,80, Altona 142,55, Bremen - 800, Gr.-Dittersleben 434,20, Zwietau 329,98, Belgj 252,49, Pommerensdorf 202,80, Berzsee 169,12, Culin 115,80, Oerobe a. Garz 99,02, Raoge 2.

